



Magazin

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung – Landesverband Baden-Württemberg

Dezember 2023
E 4508

Themen

- Prof. Dr. Huber:
Die Schule der Zukunft
strategisch gestalten
- Der Bildungsstudien-Check!
Wir bringen Ordnung
ins Studien-Chaos (ab Seite 6)
- Deutscher Menschen-
rechts-Filmpreis
- Bericht vom
VBE-Hauptvorstand
- Rückkehr zu G9 eine
gute Idee?
- Lederle spricht Klartext:
Bibi und die „Hektikfaster“
- Beyer hilft weiter
- Gesunderhaltung und
Motivation in anspruchsvollen Zeiten
- Erste Hilfe im Schulalltag

12

Der VBE Baden-Württemberg wünscht seinen Mitgliedern eine gesegnete Weihnachtszeit und ein friedvolles und glückliches neues Jahr 2024



PERSONALRATSWAHLEN 2024

NUR MIT DIR



Herausgeber:

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: https://www.vbe-bw.de

Vorsitzender:

Gerhard Brand
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
Telefon geschäftlich: 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: gerhard.brand@vbe-bw.de

Geschäftsführung:

Ines Walter
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: https://www.vbe-bw.de

Redaktion/Layout/Herstellung:

SPMedien, Susanne Preget
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
E-Mail: vbe.magazin@vbe-bw.de

Anzeigenwerbung:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0
Telefax 0 23 85 / 4 62 90-90
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Mitgliederservice:

Telefon 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: vbe@vbe-bw.de

Rechnungsstelle:

Alexandra Vock
Kaiserstuhlring 58, 68239 Mannheim
E-Mail: alexandra.vock@vbe-bw.de

Druck:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Redaktionsschluss:

Magazin 1/2-2024: 29. Dezember 2023
Magazin 3-2024: 2. Februar 2024
Das VBE-Magazin erscheint 10-mal jährlich (dabei zwei Doppelnummern). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder bestellen über die Landesgeschäftsstelle, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart. Einzelheft 2,00 €, zuzüglich Versandgebühr, Jahresabonnement: 20,00 €. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Gezeichnete Beiträge sind nicht unbedingt mit der Meinung des Verbandes identisch. Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion, die gerne erteilt wird, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers, bei Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher bleibt vorbehalten.

Fotos: Titel: electriceye_hell; Seite 4: Nico ElNino; Seite 6: alwie99d; Seite 7,9 und 11: MITstudio; Seite 18: Wolfilser; Seite 20: pathdoc; Seite 22: R.-Andreas Klein; Seite 23: OlegKovalevich; Seite 24: deagree; eyeQ; VectorMine; Seite 25: taniav; Seite 26: picostudio; Seite 32: Frank Täubel; Seite 34: LAONG; Seite 44: Jan Engel; Seite 46: Fokussiert; Seite 48: ColdFire – alle AdobeStock
ISSN 0942-4628

Editorial

Haltung zählt

Die zurückliegenden Wochen und Monate haben uns dazu bewogen, neu über Dinge nachzudenken, die uns bislang selbstverständlich erschienen.

Sicher Geglaubtes steht vielfach wieder auf dem Prüfstand.

Die sozialen Spannungen infolge von Coronakrise, russischem Angriffskrieg, Inflation und dem Erstarken des rechten Randes werden noch zusätzlich angefacht durch die antisemitischen Ausschreitungen im trüben Fahrwasser eines unmenschlichen Terroraktes der Hamas.

Und wo befinden wir uns dabei? Mitten-drin! Sie als Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte verteidigen unsere Demokratie jeden Tag an vorderster Front! Trotz all der Herausforderungen, die Sie ohnehin schon zu bewältigen haben, zeigen Sie tagtäglich Haltung. Und Sie tun dies ungeachtet der aktuell schwierigen Lage. Dafür gebührt Ihnen Dank.

So wie Sie für Bildungsgerechtigkeit und Demokratie kämpfen, kämpfen wir für bessere Arbeitsbedingungen in Bildung und Erziehung. Dafür, dass die Politik Ihnen endlich den Rahmen schafft, den Sie brauchen, um Ihre Arbeit und Ihren Einsatz für demokratische Werte bestmöglich leisten zu können. Und auch dafür, dass Politik und Gesellschaft Ihnen endlich das Maß an Wertschätzung zukommen lassen, welches Sie in unserer freiheitlichen Demokratie verdienen. Allein mit Dank und Wertschätzung ist es aber nicht getan!

Angesichts massiv gestiegener Lebenshaltungskosten muss sich der Dank auch in einer entsprechenden Anpassung der Einkommen widerspiegeln. In den laufenden Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder kämpfen wir für 10,5 Prozent oder mindestens 500 Euro mehr Monatslohn. Der VBE appelliert an



Gerhard Brand

die Politik, auf die üblichen Hinhaltenaktiken in den Tarifrunden zu verzichten. Ein Appell, der sowohl in der ersten Verhandlungsrunde am 29. Oktober als auch der zweiten Runde am 2. und 3. November ergebnislos blieb. Ein Zeichen der Wertschätzung für die Beschäftigten in den Kitas und Schulen suchte man vergebens. In der vereinbarten dritten Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember hat die Arbeitgeberseite nun eine letzte Chance, um ihrerseits Haltung zu zeigen und endlich echte Zusagen zu treffen.

In einer Zeit voller Krisen mag die Adventszeit besonders wertvoll sein. Sie gibt uns hoffentlich die Zeit, innezuhalten und etwas Abstand zum hektischen Treiben zu finden. Zumindest wünsche ich Ihnen dieses. Haben Sie eine besinnliche Adventszeit, ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Lieben und erholsame Tage zum Jahreswechsel.

Es grüßt Sie herzlichst

Ihr *Gerhard Brand*

Landesvorsitzender

Die Schule der Zukunft strategisch gestalten

Heterogenität, Inklusion, Bildungsgerechtigkeit, digitaler Wandel, Lehrkräftemangel u. v. m. – die Herausforderungen, vor denen Bildung und Schulen stehen, sind groß. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und gleichzeitig Qualitäten zu erhalten und zu verbessern, braucht es Strategie(n) und ein sorgfältig ausbalanciertes, zielorientiertes und ressourcenschonendes Vorgehen der Bildungsakteure. Das gilt für die eigene personenbezogene berufliche Strategie, es gilt auch für die Strategie einer Gruppe (z. B. einer Fachschaft, eines Jahrgangsteams), es gilt aber auch für die Strategie einer Schule oder einer Bildungsregion und eines Schulsystems.

Das BIO-Strategie-Modell als Modell des strategischen Handelns differenziert in „Bewahren“, „Innovieren“ und „Optimieren“. Es gibt in jeder Organisation oder Organisationseinheit, in jedem Programm, bei jedem professionellen Handeln Aspekte, die zu bewahren sind, andere, die neu zu etablieren sind, wiederum andere, die optimiert werden können (und sollten), und schließlich Aspekte, die in Zeiten von knappen Ressourcen vorübergehend oder dauerhaft sistiert bzw. abgeschafft werden sollten. Diese Triade von Bewahren, Innovieren und Optimieren (plus Sistieren) lässt sich auch als Dreischritt im Rahmen eines Entwicklungsprozesses verstehen: zunächst die Innovation, gefolgt von der Optimierung und dann die Verstetigung zugunsten einer nachhaltigen Wirksamkeit.

Strategie heißt: vom Nutzen aus denken, Prioritäten setzen, Balance halten

Im Mittelpunkt von Qualitätsmanagement muss immer die Frage nach dem Nutzen stehen: Welchen Nutzen hat das, was wir tun, bzw. haben die Maßnahmen für die Förderung und die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen? Vor dem Hintergrund vielfältiger Ansprüche, Erwartungen, Ideale und Ideen sowie stets unterschiedlicher Kontextbedingungen ist es die Aufgabe von pädagogischen Füh-



Univ.-Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber

rungskräften, eine auf die jeweilige Schule zugeschnittene Strategie zu entwickeln, damit die Maßnahmen nicht unverbunden und ohne gegenseitige Bezüge nebeneinanderstehen. Es braucht eine Balance, ein effektives und effizientes Zeitmanagement und vor allem eine differenzierte Analyse, Ambiguitätstoleranz und Komplexitätsaffinität sowie systematisches und strategisches Handeln, um je nach Passung und Kontext die zielführendste Strategie auszuhandeln, indem Bewährtes bewahrt, neue Praxis innoviert und die bisherige Praxis optimiert wird.

Strategie heißt auch: Kooperation fördern, Aufgaben delegieren

In der Qualitätsentwicklung braucht es geeignete Strukturen und Prozesse, die systemische Stimmigkeit und Kohärenz ermöglichen. Kooperationen und kooperative Führung sind in diesem Sinne die erste Wahl, wenn es darum geht, gemeinsam Schule zu gestalten. Voraussetzung ist, dass Werthaltungen und Kompetenzen von Personen einerseits und Teamstrukturen andererseits so zusammenkommen, dass die Handlungsprozesse von Kooperation bestimmt werden. Eine ebenso wichtige Voraussetzung ist allerdings, dass Zuständigkeiten und Rollen in kooperativen Settings klar definiert sind.

Der Planungsprozess: strategisches, koordiniertes und priorisiertes Bewahren, Innovieren und Optimieren

In der Strategiearbeit einer Schule, einer Bildungslandschaft oder einer Bildungsverwaltung ist ein fokussiertes Vorgehen von großer Bedeutung. Hierbei kann die

nachfolgend skizzierte Aufgabenliste mit ihren Impulsfragen unterstützen, die die Akteure durch den Planungsprozess geleitet:

1. Adressaten und thematische Perspektive wählen: Welche Person, Organisation (-seinheit) oder welches System steht im Fokus der Strategiearbeit? Was wird thematisch ausgewählt (z. B. ein bestimmtes Angebot im Ganztage, ein Aspekt der Unterrichtsentwicklung etc.)?
2. Ziele sammeln: Was ist zu bewahren, was zu innovieren, zu optimieren und eventuell zu sistieren?
3. Strategiemodus bestimmen („Tradition“ vs. „Revolution“): Liegt der Fokus auf Nachhaltigkeit oder auf Innovation?
4. Prioritäten setzen und Ziele festlegen: Welche Ziele stehen vorrangig – entsprechend dem gewählten Modus – im Fokus? Welche werden zurückgestellt oder verworfen?
5. Arbeit mit Strategieebenen: Sind die personale, die organisationale und die systemische Ebene adressiert? Welche werden fokussiert, welche priorisiert?
6. Maßnahmen gemäß den Priorisierungen brainstormen: Welche möglichen Maßnahmen werden identifiziert?
7. Maßnahmen auswählen: Welche Maßnahmen werden vor dem Hintergrund ihres Aufwands und ihrer Risiken auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Ressourcen ausgewählt? Welche sind am zielführendsten oder erfolgversprechendsten?
8. Kohärenz und Stimmigkeit der Strategie insgesamt prüfen: Wie sehen die Schnittstellen und Bezüge aus, damit die Gesamtstrategie stimmig ist und einzelne Maßnahmen nicht unverbunden oder sich gegenseitig behindernd nebeneinanderstehen?

Damit endet die Planungsphase in der Strategiearbeit und es folgen – gemäß dem theoretischen Modell des kontinuierlichen Verbesserungs- bzw. Veränderungsprozesses – die Phase der Umsetzung und Institutionalisierung.

www.Bildungsmanagement.net/BIO-Strategie/

Stephan Huber ist Leiter des Instituts für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie (IBB) der Pädagogischen Hochschule Zug, Leiter des Themenbereichs Leadership und Innovation an der PH Schwyz, Inhaber des Exzellenz-Lehrstuhls Leadership, Quality Management and Innovation, Abteilung für Bildungsforschung, Linz School of Education, Johannes Kepler Universität Linz

Pressemeldungen

VBE zu den Ergebnissen der ersten Einkommensrunde: Wertschätzung geht anders!

Rita Mölders, stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Arbeitsbereich Tarifpolitik, zeigt sich enttäuscht über den Ausgang der ersten Einkommensrunde:

„Leider zelebriert die Arbeitgeberseite das übliche Prozedere und opfert die Wertschätzung für Lehrkräfte und alle an Schule Beteiligten auf dem Altar der Rituale. Anstatt ein Zeichen zu setzen, Wertschätzung zu vermitteln und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und des Lehrberufs zu steigern, geht nun unnötig Zeit ins Land, bis die überfällige und notwendige An-



passung der Gehälter erfolgen kann. Auch wenn es nicht anders zu erwarten war, ist hier eine große Chance vertan worden. Die Verantwortlichen kommen in der ersten Einkommensrunde über Lippenbekenntnisse nicht hinaus.“

Gerhard Brand, Vorsitzender des VBE, fährt fort: „Es ist enttäuschend, dass nach all den Bekenntnissen für bessere Arbeitsbedingungen in den Schulen eine derart konkrete Chance vertan wird, unmittelbare

Verbesserungen möglichst schnell durchzusetzen. Wer es ernst meint mit Aufwertungen im Bildungssystem und wer mehr Menschen für diesen großartigen Beruf begeistern möchte, muss auch liefern.“

Weitere Informationen zu den Tarifverhandlungen und den Forderungen finden Sie auf vbe-bw.de oder auf den Seiten unseres Dachverbandes dbb beamtenbund und tarifunion.

VBE-Pressedienst vom 27. Oktober 2023

Rückkehr zu G9 am Gymnasium? VBE warnt vor den Folgen für andere Schularten

Angesichts der Debatte um eine mögliche Rückkehr zu G9 am Gymnasium warnt der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand vor den unmittelbaren Auswirkungen eines solchen Schrittes auf die anderen Schularten. „Wir sehen eine Rückkehr zu G9 nicht uneingeschränkt positiv. Grundsätzlich ist es zwar gut, wenn es mehr Zeit für eine umfassende Bildung der Schülerinnen und Schüler gibt. Wie wir in anderen Bundesländern allerdings sehen können, hat eine flächendeckende Rückkehr zu G9 nachweislich negative Auswirkungen auf andere Schularten und deren Schülerzahlen. Letztlich ist es aber auch eine Frage der Ressourcen und diese sind im Bildungsbereich bekanntlich endlich. Andere Reformen wie ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr, der Ausbau der Sprachförde-

rung an allen Schularten oder Pool- und Differenzierungsstunden zur Förderung an der Grundschule würden wesentlich mehr zur Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit beitragen als ein zusätzliches Schuljahr am Gymnasium.“

Der stellvertretende Landesvorsitzende Dirk Lederle ergänzt: „Die Möglichkeit zu G9 gibt es bereits in zwei erprobten Wegen: Einmal über die gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule und einmal über die Realschule beziehungsweise Werkrealschule und das berufliche Gymnasium nach dem Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses. Eine zwingende Notwendigkeit für eine Rückkehr zu G9 am Allgemeinbildenden Gymnasium besteht daher nicht.“

VBE-Pressedienst vom 26. Oktober 2023

www.vbe-bw.de

Weitere aktuelle
Pressemeldungen finden
Sie auf unserer Homepage



VBE Baden-Württemberg: Unter dem „Erprobungsparagrafen“ leidet die Qualität in den Kitas

Nachdem das Kabinett dem „Erprobungsparagrafen“ an Kitas zugestimmt hat, sagt der Landesvorsitzende des VBE Baden-Württemberg, Gerhard Brand:

„Das Kultusministerium zeigt sich hinsichtlich des großen Personalmangels an Kindertageseinrichtungen kreativ. Unter dem „Erprobungsparagrafen“ leidet aber die Qualität in den Kitas. Mangelnde frühkindliche Bildung und fehlende individuelle Förderung werden sich negativ auf die künftigen Schulleistungen auswirken. Grundsätzlich begrüßenswert ist es aber, dass das Land einmalig bis zu 105 Millionen Euro für die Schaffung und den Erhalt von Betreuungsplätzen in die Hand

nimmt. Mit Blick auf die geflüchteten Kinder brauchen wir aber Mittel, die von den Institutionen zuverlässig abgerufen werden können. Wenn wir auf 2026 mit dem Ganztagsausbau an Grundschulen und einem steigenden Bedarf schauen, so darf die Investition nicht beim Schuleintritt enden, sondern muss darüber hinausgehen. Mit Geld alleine Probleme zu lösen, damit ist es nicht getan. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass mehr Personal für die Betreuung eingestellt wird.“

Der stellvertretende Landesvorsitzende Walter Beyer ergänzt: „Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen steht die Betreuung und Aufsicht der Kinder. Als positiv zu werten

ist, dass beim ‚Erprobungsparagrafen‘ Kontrollinstanzen eingebaut wurden. Ziel muss es aber sein, auch in Zukunft auf pädagogisch qualifizierte Fachkräfte zu setzen. Deshalb braucht es unbedingt bessere Arbeitsbedingungen in den Kitas, nur so bleiben die pädagogischen Fachkräfte im Beruf. Eine Erhöhung der Gruppengröße in Ausnahmefällen ist hierbei maximal kontraproduktiv.“

Der VBE fordert zur Entlastung der pädagogischen Fachkräfte den flächendeckenden Einsatz von Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräften in Kindertageseinrichtungen.

VBE-Pressedienst vom 19. Oktober 2023

Antisemitismus an Schulen – VBE: „Haltung zählt!“

Im Zusammenhang mit den terroristischen Aktionen der Hamas betont Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), den Einsatz von Lehrkräften bei der Schlichtung von schwelenden Konflikten auf den Schulhöfen: „Klar ist, dass wir vor viel größeren Herausforderungen stünden, wenn Lehrkräfte nicht sowieso schon jeden Tag Haltung zeigen würden. Als Demokratinnen und Demokraten tun sie unter den widrigen Umständen, welche auf jahrelange politische Versäumnisse zurückzuführen sind, ihr Möglichstes, den Schulfrieden zu wahren.“

Zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen allgemein ergänzt Brand: „Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft. Insofern werden auch in den Schulen die Spannungen wahrgenommen, die derzeit allorten zu spüren sind. Diese Spannungen treten aber nicht nur in der aktuellen Situation auf, sondern sind die Folge der politischen Nachlässigkeit bei der konsequenten Bekämpfung antisemitischer Tendenzen in unserer Gesellschaft.“

„Trotz jahrelanger und vehementer Forderungen von Interessenvertretungen und Gewerkschaften gibt es keinen bundesweiten Definitionsrahmen, was ein antisemitischer Vorfall ist. Ebenso gibt es keine einheitliche Meldepflicht für Vorfälle in den Schulen und nur vereinzelt unabhängige Beratungsstellen für Betroffene antisemitischer Gewalt. Die Folge: eine hohe Dunkelziffer, die seit Jahren wächst, und eine Herausforderung, die schlichtweg nicht mehr von heute auf morgen gelöst werden kann.“

„Wie sollen Schulen ein Verbot umsetzen, ohne Lehrkräfte zur Zielscheibe zu machen?“

Es muss endlich Bewegung in das Vorhaben kommen, antisemitische Tendenzen konsequent zu bekämpfen. An den Schulen braucht es dafür in erster Linie deutlich mehr Zeit und personelle Ressourcen. Daneben braucht es aber auch Fortbildungen

für Lehrkräfte, um eine gelingende Präventionsarbeit gewährleisten zu können.“

Zur aktuellen Debatte um ein Verbot palästinensischer Symbole in Berlin mahnt Brand: „Was es akut zu verhindern gilt, sind die Verherrlichung der unmenschlichen Verbrechen der Hamas und eine Verhöhnung der Opfer. Die umfassende Wirkung eines Verbots ist aber ein frommer Wunsch aus der verwaltungsromantischen Märchenkiste. Die Umsetzung fände zudem auf dem Rücken der Lehrkräfte vor Ort statt. Wenn sich die Politik einbildet, sich mit einem Verbot ein reines Gewissen erkaufen zu können, liegt sie falsch. Es braucht umgehend konkrete Ideen, wie Schulen jetzt gerade handeln sollen. Die Politik schneidet sich ins eigene Fleisch, wenn sie durch Haushaltskürzungen etwaige Sicherheitsdienste, die ein Verbot durchsetzen könnten, einfach wegspart. Wie also sollten Schulen ein Verbot umsetzen, ohne Lehrkräfte zur Zielscheibe für Gewalt zu machen?“

VBE-Pressedienst vom 18. Oktober 2023

Der große Bildungsstudien-Check!

Wir bringen Ordnung ins Studien-Chaos



**Welche großen
Bildungsstudien gibt es?**

**Welche Organisationen
stehen hinter den Studien?**

**Was sind die wichtigsten
Befunde?**

Überblick:

Teil 1: Nationale Bildungsstudien:

- Bildungsbarometer (ifo Institut)
- Deutsches Schulbarometer (Robert Bosch Stiftung)
- IBB Schul-Barometer (PH Zug)

Teil 2: Nationale Vergleichsstudien: (VBE Magazin 1/2_2024)

- Bildungsmonitor (Initiative für neue soziale Marktwirtschaft)
- IQB-Bildungstrend (Kultusministerkonferenz)
- VERA (Kultusministerkonferenz)

Teil 3: Internationale Bildungsstudien: (VBE Magazin 3_2024)

- IGLU (IEA)
- PISA (OECD)
- TIMSS (IEA)

Teil 4: Kita-Studien: (VBE Magazin 4_2024)

- Fachkräfte-Radar (Bertelsmann Stiftung)
- DKLK-Studie (VBE, Fleet Education)

Teil 1: Nationale Bildungsstudien



Bildungsbarometer (ifo Institut)

Wie kommen Veränderungen im Bildungsniveau zustande, und wie wirken sie sich auf die ökonomische Entwicklung aus? Zu diesen Fragen forscht das ifo Institut am ifo Zentrum für Bildungsökonomik. Basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen will das Institut sachorientierte Beiträge und Politikempfehlungen erarbeiten. Sie sollen dazu beitragen, Menschen zu befähigen, stärker an den Möglichkeiten einer offenen Gesellschaft teilzuhaben, im internationalen Wettbewerb zu bestehen und ihre Chancen auf mehr Wohlstand zu nutzen. In diesem Rahmen hat das Institut auch das ifo Bildungsbarometer als Teil des Projekts „Die politische Ökonomie der Bildungspolitik: Erkenntnisse aus einer Meinungsumfrage“ entwickelt. Die erstmals im Jahr 2014 veröffentlichte Studie basiert auf einer jährlichen Meinungsumfrage mit einem breiten Spektrum an bildungspolitischen Themen und variierenden Schwerpunkten. Im Jahr 2023 wurden hierfür mehr als 5.500 Personen befragt, die eine repräsentative Stichprobe der erwachsenen Bevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren in Deutschland darstellen.

Wer ist das ifo Institut?

Das ifo Institut (Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V., abgekürzt ifo für Information und Forschung) ist eine Forschungseinrichtung mit Sitz in München. Das Institut gründete sich in den Wirren der Nachkriegszeit im Jahr 1949, zur Gründergeneration gehörten mit Wilhelm Marquardt und Hans Langelütke auch zwei ehemalige Nationalsozialisten, die zusammen im Planungsamt des nationalsozialistischen Vierjahresplanes für Wirtschaftsstatistik tätig waren. Heute zählt das ifo Institut zu den großen Wirtschaftsforschungsinstituten in Deutschland.

Gesellschaftliche Bekanntheit erlangte es unter der Präsidentschaft des renommierten Ökonomen Hans-Werner Sinn in den Jahren 1999 bis 2016. Die Finanzierung des als gemeinnützig anerkannten Vereins erfolgt überwiegend aus öffentlichen Mitteln der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern, teils aber auch aus Erlösen von Drittmittelprojekten, die zu meist ebenfalls von öffentlichen Auftrag-

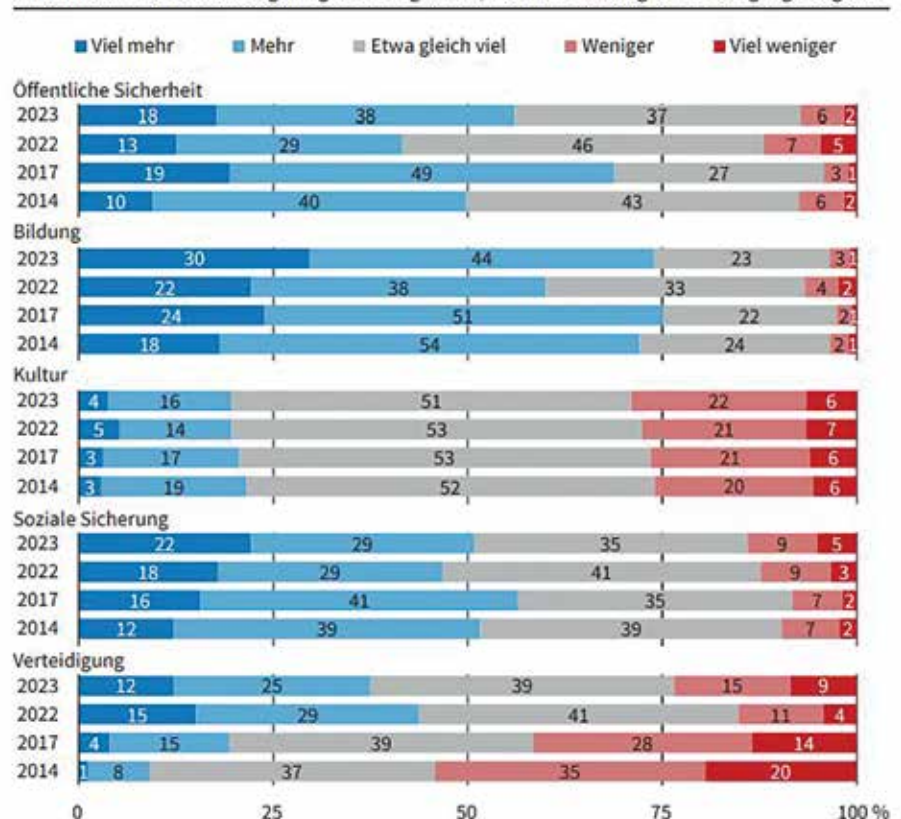
gebern stammen („wissenschaftliche Politikberatung“). Darüber hinaus gibt es eine finanzielle Unterstützung durch die sogenannte „Freundesgesellschaft“, die nach Angaben des Instituts aus Einzelpersonen, gewerblichen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Körperschaften des In- und Auslandes besteht.

Welche Ziele verfolgt das ifo Institut?

Das ifo Institut will nach eigenen Angaben die wirtschaftliche Debatte in Deutschland und Europa mitgestalten. Dafür verbinde es sozialwissenschaftliche Forschung mit wirtschaftlicher Relevanz. Neben dem Bildungsbarometer führt das Forschungsinstitut vor allem auch Unternehmensbefragungen durch. Die daraus generierten Indizes, etwa der monatliche ifo Geschäftsklimaindex, haben das Institut erst bekannt gemacht und sich als Service für

In welchen Bereichen sollte der Staat mehr ausgeben?

Wunsch nach höheren Bildungsausgaben am größten; deutlicher Anstieg für Verteidigungsausgaben



Frage (einer zufällig ausgewählten Teilgruppe gestellt):

Wie viel sollte der Staat Ihrer Meinung nach zukünftig in den folgenden Bereichen im Vergleich zu heute ausgeben? Denken Sie daran, dass höhere Staatsausgaben gegebenenfalls durch Steuererhöhungen finanziert werden müssen.

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2023, 2022, 2017, 2014.

© ifo Institut

Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit fest etabliert. Die regelmäßig erhobenen Daten fließen außerdem auch in die ifo Konjunkturprognose ein. Die verschiedenen Indizes und Prognosen sollen Entscheidern in Firmen, Verbänden, staatlichen Stellen und in der Politik helfen, die wirtschaftliche Entwicklung zuverlässig einzuschätzen und sachorientierte Entscheidungen zu treffen. Kritikerinnen und Kritiker werfen dem ifo Institut ungenaue Prognosen sowie eine einseitig neoliberale und arbeitgeberfreundliche Agenda vor und bezweifeln, dass die politischen Ratschläge des Instituts ausschließlich auf den Ergebnissen empirischer Forschung basieren. Beispielsweise prognostizierte und warnte das ifo Institut im Jahr 2015, dass die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland bis zu 900.000 Arbeitsplätze koste. Tatsächlich aber zeigte die dennoch erfolgte Einführung des Mindestlohns in der gesellschaftlichen Praxis keinerlei negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Welche Bildungsbarometer sind bisher erschienen (Auswahl)?

- ifo Bildungsbarometer 2023: Was die Deutschen über die Qualität der Schulen denken
- ifo Bildungsbarometer 2022: Deutsche befürworten Weiterbildung, um mit dem Strukturwandel Schritt zu halten
- ifo Bildungsbarometer 2021: Was denken die Deutschen zur Corona-Bildungspolitik und zu gesellschaftlichen Kompetenzen
- ifo Bildungsbarometer 2020: Deutsche sind für mehr Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit im Bildungssystem
- ifo Bildungsbarometer 2019: Was denken die Deutschen über Bildungsungleichheit?

Was sind zentrale Befunde?

Im ifo Bildungsbarometer 2023 zeigt sich ein Tiefpunkt in der Bewertung der Schulen: Lediglich 28 Prozent der Deutschen geben

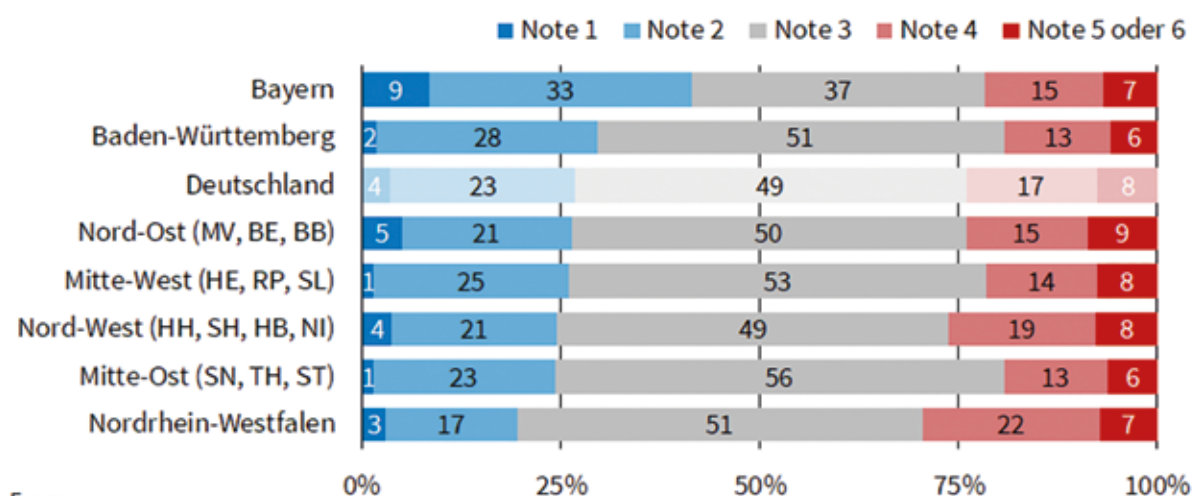
den Schulen in ihrem Bundesland noch die Note 1 oder 2 – im Jahr 2014 waren es noch 38 Prozent. 79 Prozent sind der Meinung, dass sich die Schulbildung durch die Coronapandemie verschlechtert hat. Als ernsthaftes Problem des Bildungssystems sehen die meisten Deutschen den Lehrkräftemangel (77 Prozent), gefolgt von fehlenden finanziellen Mitteln (68 Prozent), der Trägheit des Systems (66 Prozent), den Lernrückständen durch Corona (61 Prozent) und der unzureichenden Digitalisierung der Schulen (61 Prozent). Gegen den Personalmangel unterstützen die Befragten die Nachqualifizierung von Lehrkräften in Mangelfächern (79 Prozent) sowie den Einsatz von Quereinsteigern (64 Prozent), lehnen aber größere Klassen ab (81 Prozent). Mehrheitlich sprechen sie sich zudem gegen die Abschaffung von Schulnoten (73 Prozent) und für Klassenwiederholungen bei schlechten Leistungen (78 Prozent) aus. 74 Prozent sind für höhere Bildungsausgaben – deutlich mehr als für andere Staatsausgaben. In den Ergebnissen zeigen sich vor allem bei der Bewertung der Schulen große regionale Unterschiede: In Bayern etwa geben 41 Prozent der Befragten den Schulen in ihrem Bundesland die Note 1 oder 2, während dies in NRW nur etwa halb so viele tun (20 Prozent). Baden-Württemberg landet bei der Bewertung seiner Schulen im Vergleich der Bundesländer und Regionen auf dem zweiten Platz hinter Bayern: 31 Prozent der Befragten vergeben die Note 1 oder 2.

<https://www.ifo.de/umfrage/ifo-bildungsbarometer>



Wie bewertet die Bevölkerung die Schulen in ihrem Bundesland?

Schulen in Bayern werden von ihrer Bevölkerung am besten benotet, in NRW am schlechtesten



Frage:

Welche Schulnote würden Sie den allgemeinbildenden Schulen in Ihrem Bundesland geben?

Quelle: ifo Bildungsbarometer 2023.

© ifo Institut



Deutsches Schulbarometer (Robert Bosch Stiftung)

Seit 2019 lässt die Robert Bosch Stiftung regelmäßig repräsentative Befragungen zur aktuellen Situation der Schulen in Deutschland durchführen und veröffentlicht diese als „Deutsches Schulbarometer“. Hierfür hat die Stiftung anfangs mit dem Meinungsforschungsinstitut infas zusammengearbeitet, später mit dem Sozialforschungsinstitut forsa. Das Deutsche Schulbarometer will frühzeitig Entwicklungen im Schulwesen erkennen und beschreiben, indem Einschätzungen von Personen erfasst und untersucht werden, die Schulen täglich mitgestalten und erleben. Aktuelle Herausforderungen und Strategien sollen so erkannt und daraus mögliche Empfehlungen für Entscheiderinnen und Entscheider im Bildungssystem abgeleitet werden. Für das aktuelle Schulbarometer 2023 wurden insgesamt 1.032 Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland befragt.

Wer ist die Robert Bosch Stiftung?

Die 1964 in Stuttgart gegründete Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Europa. Die Stiftung mit ihren beiden heutigen Standorten in Stuttgart und Berlin beschreibt sich selbst als gemeinnützig, unabhängig und überparteilich. Zu ihren zahlreichen Projekten zählen beispielsweise der Neubau des Robert Bosch Krankenhauses in Stuttgart, vielfältige Initiativen in der Kranken- und Altenpflege, die Förderung von Schulpartnerschaften zwischen Ost- und Westdeutschland oder auch die Stiftung des Deutschen Schulpreises. Nach eigenen Angaben hat die Stiftung seit ihrer Gründung über zwei Milliarden Euro für gemeinnützige Arbeit ausgegeben. Die Robert Bosch Stiftung GmbH hält rund 94 Prozent der Geschäftsanteile an der Robert Bosch GmbH (die übrigen Anteile halten eine Gesellschaft der Familie Bosch und die Robert Bosch GmbH selbst) und finanziert sich aus deren Dividende.

Welche Ziele verfolgt die Stiftung?

Mit ihrer Arbeit will die gemeinnützige Stiftung nach eigenen Angaben dem Vermächtnis des Stuttgarter Firmengründers Robert Bosch folgen, dessen ausgeprägtes soziales und gesellschaftliches Engagement in zeitgemäßer Form fortführen und sich für eine gerechte und nachhaltige Zukunft einsetzen. Dabei widme sich die Stiftung insbesondere den Themen Gesundheit, Bildung, Frieden, Ungleichheit, Klimawandel, Demokratie, Migration und Einwanderungsgesellschaft. Gleichzeitig wolle man den interdisziplinären Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft unterstützen und zu einer evidenzbasierten politischen Entscheidungsfindung beitragen. Die Arbeit der Robert Bosch Stiftung findet regelmäßig positive Anerkennung seitens Politik, Presse und Gesellschaft und gilt von kleineren Kontroversen abgesehen als vorbildlich.

Welche Schulbarometer sind bisher erschienen?

- Lehrkräftebefragung Juni 2023: Einstellung zu Inklusion und Digitalisierung sowie Beobachtungen zu Kinderarmut
- Schulleitungsbefragung im November 2022: Wirkung der

- Corona-Aufholprogramme und Beschulung Zugewanderter
- Lehrkräftebefragung im April 2022: Eigenes Belastungserleben und Beschulung ukrainischer Geflüchteter
- Lehrkräftebefragung im September 2021: Folgen der Pandemie und psychosoziale Probleme von Schülerinnen und Schülern
- Lehrkräftebefragung im Dezember 2020: Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen (Folgebefragung)
- Lehrkräftebefragung im April 2020: Auswirkungen der pandemiebedingten Schulschließungen
- Elternbefragung im Juli 2019: Schulfriedenheit und Ganztagschule

Aktuell größte Herausforderungen für Lehrkräfte

Angaben in Prozent



Quelle: Robert Bosch Stiftung (2023): Das Deutsche Schulbarometer – Aktuelle Herausforderungen aus Sicht der Lehrkräfte. Durchgeführt von forsa im Juni 2023. deutsches-schulportal.de

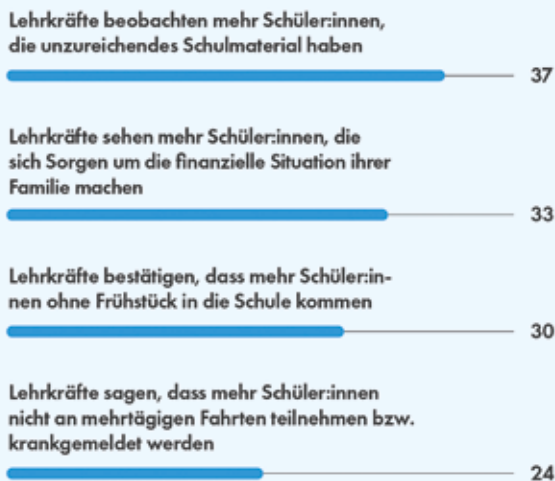
Was sind zentrale Ergebnisse?

Konzentrationsprobleme, fehlende Motivation, körperliche Unruhe, Ängste oder aggressives Verhalten: Auffälliges Verhalten von Schülerinnen und Schülern wird in der jüngsten Umfrage des Deutschen Schulbarometers von 34 Prozent der Lehrkräfte als aktuell größte schulische Herausforderung benannt. Das ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zur Lehrkräftebefragung ein Jahr zuvor: Im April 2022 gaben nur 21 Prozent der Befragten an, dass das Verhalten der Schülerinnen und Schüler die größte Herausforderung sei. Gleich an zweiter Stelle steht im Juni 2023 die hohe Arbeitsbelastung, gepaart mit Zeitmangel (31 Prozent). Letzteres steht in engem Zusammenhang mit dem Lehrkräftemangel: Jede fünfte Lehrkraft benennt die Personalnot als größte Herausforderung (21 Prozent). Die Digitalisierung wird dagegen nur von 14 Prozent der befragten Lehrkräfte als aktuell größtes Problem gesehen. Aus der Umfrage geht außerdem hervor, dass Kinderarmut für die Lehrkräfte mit Blick auf die eigenen Schülerinnen und Schüler deutlich sichtbar ist. Ein weiteres Ergebnis lautet, dass sich über zwei Drittel der Lehrkräfte in Teilzeit vorstellen könnten, ihre Arbeitszeit aufzustocken – unter der Voraussetzung besserer Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus fühlt sich nur jede zehnte Lehrkraft durch ihre Ausbildung und ihr Studium ausreichend auf inklusiven Unterricht vorbereitet.

Kinderarmut

Beobachtungen zur Kinderarmut im Vergleich zum vergangenen Schuljahr

Angaben in Prozent



Die Grafiken erschienen zuerst auf dem Deutschen Schulportal der Robert Bosch Stiftung – der größten deutschsprachigen Onlineplattform zu den Themen Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung. Getragen vom Erfahrungsschatz zahlreicher mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Schulen bietet es Praxisimpulse und Informationen für pädagogische Fachkräfte und alle, die sich für gute Schulen in Deutschland einsetzen.

Teilzeitarbeit

Wie viele Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit?



der Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit, unter den männlichen Lehrkräften sind es 21%, unter den weiblichen 46%.



der Lehrkräfte in Teilzeit können sich unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen, ihre Arbeitszeit aufzustocken – bei den unter 40-Jährigen sind es sogar 73%.



Unter welchen Voraussetzungen würden Teilzeit-Lehrkräfte ihre Arbeitszeit erhöhen?

Angaben in Prozent



Quelle: Robert Bosch Stiftung (2023): Das Deutsche Schulbarometer – Aktuelle Herausforderungen aus Sicht der Lehrkräfte. Durchgeführt von Forsa im Juni 2023. [deutsches-schulportal.de](https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/das-deutsche-schulbarometer)



<https://www.bosch-stiftung.de/de/projekt/das-deutsche-schulbarometer>



IBB Schul-Barometer (IBB der PH Zug, WELS)

Das IBB Schul-Barometer erfasst in regelmäßigen Abständen die aktuelle Situation der Schulen anhand eines Stimmungsbilds in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Die Studie geht auf eine gemeinsame Forschungsinitiative von Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber, Leiter des Instituts für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie (IBB) der PH Zug, und des World Education Leadership Symposium (WELS) zurück. Ziel der Studienreihe sei die Sichtbarmachung von aktuellen Herausforderungen in Schule und für Schulleitung. Zur Forschungsreihe des Schul-Barometers zählen sowohl quantitative als auch qualitative Studien und Analysen, die je nach aktueller Problemlage variierende Schwerpunkte setzen. Beispielsweise lancierte das IBB mit dem Schul-Barometer bereits wenige Tage nach Bekanntgabe der Schulschließungen während der Coronapandemie eine wissenschaftliche Studie zu COVID-19 und Schule in Deutschland, Österreich und der Schweiz. An der Onlinebefragung beteiligten sich nach Angaben des IBB über 24.000 Schulleitungen, Lehrpersonen, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie weitere Akteure aus dem Bildungswesen.

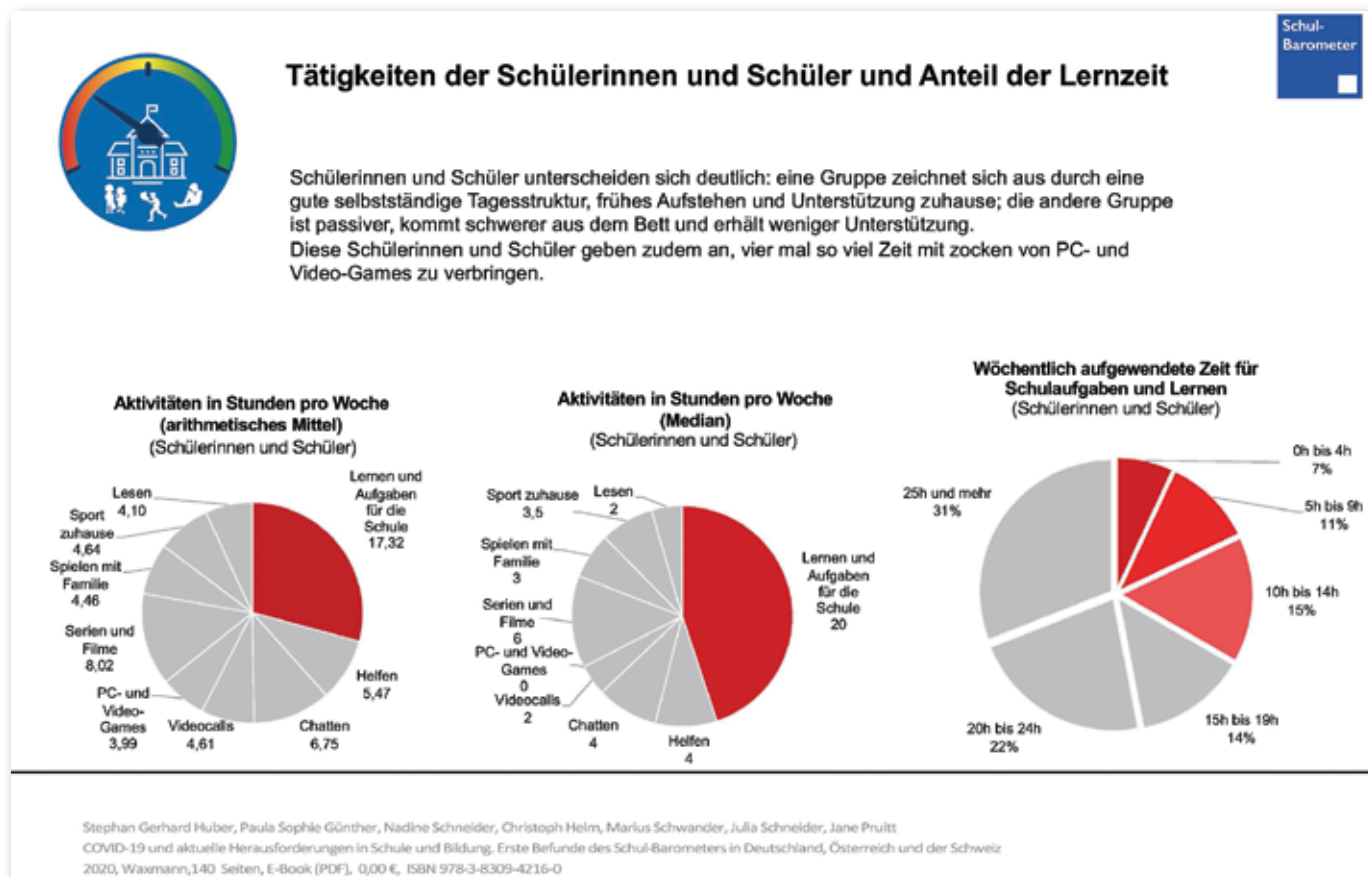
Wer sind das IBB und das WELS?

Das Institut für Bildungsmanagement (IBB) der Pädagogischen Hochschule Zug in der Schweiz beschäftigt sich mit Forschung und Wissenstransfer in den Bereichen Leadership sowie Qualitäts-

und Personalmanagement, insbesondere Personalentwicklung. Zielgruppen sind Einzelakteure sowie Institutionen im Bildungsbereich, vor allem Führungskräfte im gesamten deutschsprachigen, europäischen und außereuropäischen Raum. Das World Education Leadership Symposium (WELS) ist ein Bildungs- und Schulleitungssymposium und nach eigenen Angaben seit über 15 Jahren die größte internationale Fachtagung Europas zu Bildungs- und Führungsfragen. Zu den Symposien in Zug tauschen sich jeweils über 850 Bildungsexperten aus Praxis und Wissenschaft aus ca. 75 Ländern über zukunftsfähige Lösungen aus. Seit 2020 finden die Symposien auch als Online-Konferenzen statt. Das WELS-Symposium wird vom IBB der PH Zug in Kooperation mit der Abteilung für Bildungsforschung, Linz School of Education, der Johannes Kepler Universität Linz und weiteren Partnern veranstaltet. Sie wird durch Drittmittel und weitere regionale, nationale und internationale Partnerorganisationen unterstützt.

Welche Ziele verfolgen das IBB und das WELS?

Mit seiner Arbeit, den Bildungsstudien und dem WELS-Symposium will das IBB der PH Zug den nationalen und internationalen Wissenserwerb, Ideentransfer und Erfahrungsaustausch voranbringen und Möglichkeiten aufzeigen, die Qualität pädagogischer Arbeit weiterzuentwickeln. Man wolle Herausforderungen, Chancen und Fragen der Bildungs- und Schulqualität, des Bildungsmanage-



ments und der Schulentwicklung erörtern. Letztlich gehe es darum, einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu leisten.

Welche IBB Schul-Barometer wurden bisher durchgeführt (Auswahl)?

- „Lerneinbußen und Bildungsbenachteiligung durch Schulschließungen während der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020“
- „Was wissen wir über schulische Lehr-Lern-Prozesse im Distanzunterricht während der Coronapandemie?“ (2020)
- Quantitative Studie zur aktuellen Schulsituation: Erfahrungen, Meinungen, Bedürfnisse, Bedarfe (2020)
- Qualitative Vertiefungsstudie zu Brennpunktschulen und ihren spezifischen besonderen Herausforderungen und Belastungen (2020)
- Qualitative Vertiefungsstudie zu Generation C – junge Erwachsene und ihre Lebenswelten in der Zeit von COVID-19 (2021)
- Qualitative Studie zu Frieden und Krieg in Unterricht und Schule, Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine (2021)
- Längsschnittstudie zu Schulleitung, Schulentwicklung und Schulqualität (2020–2022)

Was sind zentrale Befunde?

Die Schulschließungen und der Fernunterricht während der Coronapandemie haben die Bildungsungerechtigkeit in Deutschland weiter verstärkt. Fehlende Technik spielte dabei eine große Rolle, war aber nicht allein ausschlaggebend für die Probleme vieler Kinder. Die Schülerinnen und Schüler, die am wenigsten gelernt haben, waren auch sonst weniger aktiv: Sie waren insgesamt we-

niger motiviert, etwas zu tun, sei es Sport treiben oder im Haushalt helfen, und konnten sich schlechter selbst organisieren und selbstständig lernen. Das Einzige, was sie viermal so lange gemacht haben im Kontrast zu der Gruppe der Fleißigen, war das Zocken von Computerspielen. Diese Schülerinnen und Schüler brauchten vor allem einen festen Rhythmus und weniger Langeweile, die Schule müsse sie stärker aktivieren. Die Kinder würden mehr Ansprache und positive Begleitung benötigen, dafür weniger Über- und Unterforderung. Um die Kinder in der Zeit nach Corona wieder aufzufangen und fördern zu können, sollte die Politik auf Gießkannenlösungen verzichten und stattdessen eng mit den einzelnen Schulen kooperieren. Da die Schulen ihren eigenen Bedarf und ihre Schülerinnen und Schüler am besten kennen, sollte jede Schule selbst entscheiden können, welche Unterstützung sie braucht, oder zumindest stark in die Entscheidung eingebunden werden. Beispielsweise müssten manche Schulen eher ihre Schulsozialarbeit auf- und ausbauen, andere dagegen die individuelle Lernbegleitung stärken. Die Politik sollte nur in den wirklichen Bedarf investieren.

<https://schul-barometer.net/>

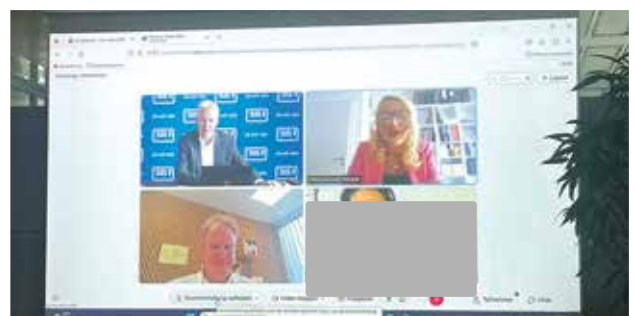


Der VBE im Gespräch mit ...



... Staatssekretär Volker Schebesta

Der stellvertretende Landesvorsitzende Dirk Lederle war im September beim Fachtag „BO aktiv“, bei dem es um die Berufsorientierung an Schulen geht, und nutzte die Gelegenheit, um mit Staatssekretär Volker Schebesta ins Gespräch zu kommen.



... Prof. Dr. Thomas Riecke-Baulecke (ZSL)

Bei diesem online geführten Gespräch ging es um folgende Themen: PR-Wahlen, Situation und Personalausstattung der Seminare, Fortbildungen für Personen ohne Lehramtsausbildung, LFB- Online, Berufsbild Aus- und Fortbilder, BO Aktiv, BISS Transfer, Evaluation Qualitätskonzept. Bild: (oben li.) Gerhard Brand, VBE-Landesvorsitzender, (oben re.) Petra Schoch, Leitung VBE-Landesreferat außerschulischer Bereich, (unten li.) Prof. Dr. Thomas Riecke-Baulecke (Präsident ZSL).

DMFP: Herbstklausur am 18./19. Oktober 2023 in Heilsbronn

Der Auftakt ist gemacht. Die Koordinatoren des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises (DMFP), Steffen Kircher, Klaus Poth und Tanja Brunner, sowie Marko Junghänel, verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, luden zur Herbstklausur weit von Nürnberg, ein. Im Religionspädagogischen Zentrum Heilsbronn wurde zweitägig über das kommende Programm diskutiert. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg ist nun eine der Institutionen, die den DMFP inhaltlich und finanziell tragen. Vertreten wurde der VBE durch Geschäftsführerin Ines Walter und Michael Gostovic-Storz, Leiter Kommunikation und Marketing. Insgesamt gab es vier Arbeitsblöcke abzuarbeiten. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde stieg man ein in die Themen Selbstverständnis des DMFP und die Rolle der Veranstalterinnen und Veranstalter.

Selbstverständnis des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises

Der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis ehrt Regisseurinnen und Regisseure und Autorinnen und Autoren, die sich mit ihren Kino-, Fernseh- und Filmproduktionen in herausragender Weise mit dem Thema Menschenrechte auseinandersetzen. Die Filme tragen zum Verständnis der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 bei und leisten einen eigenständigen Beitrag in aktuellen Menschenrechtsdebatten. Gleichzeitig wird mit dem Preis das gesellschaftspolitische Engagement der Filmemacherinnen und Filmemacher gewürdigt. Zum Wettbewerb können Produktionen von professionell arbeitenden Regisseurinnen und Regisseuren und Autorinnen und Autoren, Studierenden an Hochschulen und von nicht kommerziell tätigen Filmemacherinnen und Filmemachern eingereicht werden. Der Preis versteht sich als Ehrung durch die Zivilgesellschaft und wird von unabhängigen, demokratischen Akteuren aus der Mitte der Gesellschaft getragen. Im Rhythmus von zwei Jahren lobt der Trägerkreis den Deutschen Menschenrechts-Filmpreis aus. Die Filme konkurrieren in mehreren Kategorien. Jeweils am Samstag vor dem Internationalen Tag der Menschenrechte

werden die Preise in Nürnberg überreicht. Alle Kategorien sind mit 2.500 Euro dotiert.

Herbstklausur: Weitere Themen und Ablauf

Nach einem Überblick zum Ablauf des Wettbewerbs, Auswahlgremium und einem Update zu den Finanzen folgten ein kurzer Rückblick auf bisher Geleistetes und die Vorstellung der Timeline zur Wettbewerbsrunde 2024. Social-Media-Updates und verschiedene Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit wurden durch das Brennglas nochmals genau betrachtet und es gab zahlreiche Optimierungsvorschläge. Was wird noch zwingend benötigt? Auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit: Sind Druckwerke, Flyer, Poster, Mappen etc. noch erwünscht? Zum Abschluss des ersten Tages wurde am Abend der Siegerfilm des Bildungspreises 2022 „Hayat springt“ gesichtet mit den zugehörigen Unterrichtsmaterialien für die Klassen 3–10. Am Vormittag des zweiten Tages wurden die Einreichungskategorien, die Arbeitsgruppenergebnisse vorgestellt. Weitere spannende Themen waren: Wie können die Juries in den einzelnen Kategorien aussehen, wie sollen sie besetzt sein? Wer soll für die Schirmherrschaft angefragt werden? Weitere Details zur Veranstaltung, der Preisverleihung am 7. Dezember 2024, wurden diskutiert sowie der Ausblick zum aktiven Filmesichten und zur nachgeordneten Tournee: DMFP „on Tour“.

Hintergrund

Der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis wird seit 1998 anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte verliehen. Im zweijährigen Rhythmus zeichnet er herausragende Film- und Fernsehproduktionen aus, die sich aller Menschenrechtsthemen annehmen. Zugleich würdigt der Preis das Engagement von Filmemacherinnen und Filmemachern. Der DMFP ist ein unabhängiger Medienwettbewerb. Eingereicht werden können Produktionen, die sich mit der Idee der Menschenrechte oder deren Umsetzung, Schutz und Verletzung auseinandersetzen. Aktuell gestalten, finanzieren und führen den Wettbewerb 20 Organisationen der Zivilgesellschaft durch, darunter auch der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg. Diese Institutionen tragen aktuell den Filmpreis inhaltlich und finanziell. Die bekanntesten sind AMNESTY INTERNATIONAL, Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. und PRO ASYL.

Michael Gostovic-Storz, Leiter Kommunikation



Intensiver Austausch: Hauptvorstand des VBE tagt in Pforzheim

Intensiv in den Austausch gehen, Positionen erarbeiten und erörtern sowie drängende Themen in der Bildungspolitik diskutieren und nach den besten Lösungen suchen. Das macht den VBE aus. Unter diesen Vorzeichen fand auch die jüngste Sitzung des Hauptvorstands am 10. Oktober 2023 in Pforzheim statt. Mindestens einmal im Jahr trifft sich das zweithöchste Gremium des Verbandes. Neben den Berichten der Verbandsleitung, der Landesbezirke und der einzelnen Referate im VBE hieß es auch: Ärmel hochkrempeln für die Personalratswahlen 2024.

Gerhard Brand spricht über Landespressekonferenz

Zu Anfang der Sitzung hieß das Stichwort aber erst einmal Bildungspolitik und hier vor allem: Unterricht. Der Landesvorsitzende Gerhard Brand berichtete zu Anfang der Sitzung über die jüngste VBE-Umfrage zur Unterrichtsversorgung, an der über 1000 Schulen teilgenommen haben. Ein hoher Rücklauf und damit eine aussagekräftige Befragung, wie Gerhard Brand konstatierte. Der VBE hat sich auch zu einem geschätzten Ansprechpartner der Presse entwickelt, so der Landesvorsitzende.

Personalratswahlen im Blick

Die stellvertretenden Landesvorsitzenden übernahmen danach: Oliver Hintzen berichtete ausführlich über die Themen Digitalisierung, Ganzttag und Studium, während Walter Beyer unter anderem über den DKLK (Deutscher Kitaleitungskongress) im Frühjahr in Fellbach sprach, bei dem der Stand des VBE außerordentlich stark frequentiert wurde und zudem sehr gut nachgefragt war. Der VBE, so der stellvertretende Landesvorsitzende, ist auch ein gefragter Gesprächspartner bei den Parteien. Der stellvertretende Landesvorsitzende Dirk Lederle betonte, dass einer seiner größten Tätigkeitsschwerpunkte zurzeit die Personalratswahlen sind. Nadi-



ne Possinger und Dirk Lederle präsentieren als Team für die Personalratswahlen später dem Hauptvorstand den aktuellen Stand, auf dem sich die Kampagne des VBE bewegt, und erklärten die Checklisten für die einzelnen Landesbezirke. Des Weiteren berichtete Dirk Lederle über die bislang größte Umfrage zu den Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg, die der VBE vor den Sommerferien auf den Weg gebracht hat und die von den Medien gut angefragt wurde, sowie die Arbeit in verschiedenen Gremien, in denen der VBE aktiv ist. Petra Schoch, als kooptiertes



Bild oben: Auf der Treppe des Parkhotels: der Hauptvorstand des VBE Baden-Württemberg

Bild li.: Der langjährige Schatzmeister Franz Vock präsentiert dem Hauptvorstand die Finanzen und den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024.

Bild unten: Im Dachgarten des Parkhotels in Pforzheim: Arbeit im Hauptvorstand

Mitglied der Verbandsleitung, sprach über den außerschulischen Bereich sowie die Notwendigkeit von passgenauen Fortbildungen für Lehrkräfte.

Finanzen und Haushaltsentwurf für 2024

Wie es um die Finanzen im Verband steht, das erläuterte Franz Vock, der jahrzehntelang das Amt des Schatzmeisters des VBE innehatte. Er sprang in die Bresche und übernahm in Vertretung die Präsentation der VBE-Finanzen. Er stellte die Jahresab-

schlussrechnung 2022 vor und stellte zukunftsweisend den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 vor. Andreas Baudisch und Meinrad Seebacher attestierten in ihrer Funktion als Kassenprüfer eine tadellose Kassenführung und empfahlen die Entlastung, die dann auch einstimmig vom Hauptvorstand vorgenommen wurde.

Anpassung von Positionspapieren

Dass ein Verband von Zeit zu Zeit seine Positionen anpassen beziehungsweise verändern muss, ist selbstverständlich. Dahingehend standen auch die Anpassung mehrerer Positionspapiere auf dem Programm. In diesem Zusammenhang berichteten Johannes Knapp für das Referat Grundschule, Anja Bartenschlager für das Referat SBBZ und Susanne Sargk für das Kita-Referat über die jeweiligen Änderungen in den Positionspapieren, über die das Gremium am Ende abstimmt.

Bericht aus den Landesbezirken und den Referaten

Wie es in den Landesbezirken aussieht, darüber sprachen Sebastian Lutz (Landesbezirk Nordwürttemberg), Andrea Friedrich (Landesbezirk Nordbaden), Meinrad Seebacher (Landesbezirk Südbaden) und Anja Bartenschlager (Landesbezirk Südwürttemberg) – auch hier wurde deutlich, dass die Personalratswahlen und die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten in den Landesbezirken eine sehr hohe Priorität genießen. Aber auch grandiose Veranstaltungen wurden wärmstens empfohlen. Zum krönenden Abschluss berichteten die einzelnen Referate, angefangen von der Kita bis hin zu den Senioren, über ihre Aktivitäten, ihre Schwerpunkte und ihre tolle Arbeit für den Verband.

Fazit

Gestärkt und motiviert geht es nun in die heiße Phase der Personalratswahlen 2024. Der VBE Baden-Württemberg ist sich sicher, dass die Personalratswahlen 2024 für ihn ein Erfolg werden. Die Hauptvorstandssitzung war ein intensiver und konstruktiver Austausch, bei dem verschiedene Positionen erläutert und Kontroversen ausgeräumt wurden und in der sich die Verbandsleitung des VBE mit der Basis aus den Landesbezirken rückkoppeln konnte.

Das neue Lehrerinnen- und Lehrerhandbuch 2024

Jetzt bestellen – sofort lieferbar!



**Nur 16,00 Euro für Lehrkräfte
27,00 Euro für Schulen
+ Versandkosten**



**Bestellung an:
VBE Wirtschaftsservice GmbH
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart**

Fax: 0711 / 2293858

**E-Mail:
wirtschaftsservice@vbe-bw.de**

**Web:
www.vbe-wirtschaftsservice.de**

Ist die Rückkehr zu G9 eine gute Idee?

Elternengagement ist prinzipiell eine gute Sache. Damit ist nicht unbedingt das Kuchenbacken zum Schulfest gemeint, sondern auch sachliches Engagement, das gerne über die eigene Schule hinausgehen kann. Die Thematik Rückkehr zum G9 ist rund 20 Jahre nach der Einführung des G8 immer noch ein Thema und durch die Elterninitiative „G9 jetzt!“ hat das ganze Geschehen eine neue Dynamik entwickelt. Was will diese Initiative? Sie fordert ein zeitgemäß reformiertes G9 an den allgemeinbildenden Gymnasien in Baden-Württemberg als Regelweg – mit der Möglichkeit eines G8 als „Turbo-Zug“ in Wahlform. Baden-Württemberg sei laut Auskunft der Initiative das letzte westdeutsche Flächenbundesland, in dem an der 2004 eingeführ-

ten G8-Reform festgehalten würde – alle anderen Bundesländer hätten nach anhaltender Kritik die Änderungen teilweise oder ganz wieder zurückgenommen.

Bei genauerer Betrachtung der bundesdeutschen Bildungslandschaft wird aber schnell klar, dass dem nicht so ist. In der Tat gibt es die Möglichkeit eines G8 in fast allen Bundesländern, außer in Bayern und in Niedersachsen. Dort gibt es ausschließlich das G9. Die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich offen. In den meisten Bundesländern hingegen gibt es das G9 nicht unbedingt an den Gymnasien, sondern an anderen Schularten. (Siehe Schaubild.)

Die Situation gestaltet sich also an den meisten Bundesländern so oder ähnlich zum Status quo in Baden-Württemberg. Denn auch bei uns gibt es das G9, sei es an den Versuchsschulen im gymnasialen Bereich oder über die Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe und selbstverständlich auch über den bewährten Weg Realschule, Werkrealschule oder Gemeinschaftsschule mit Realschulabschluss/mittlerem Bildungsabschluss und berufliches Gymnasium. Vereinfacht könnte man unterstellen, dass da unser Bildungssystem wohl offensichtlich nicht so ganz verstanden wurde oder jemand meint, dass nur das Gymnasium eine adäquate Schulart darstellen würde.

Wie sehen denn eigentlich die Fakten aus?

Die flächendeckende Einführung eines G9 würde das Land ungefähr 200 Mio. Euro kosten. Diese ungefähre Summe erstreckt sich jedoch nur auf die Personalkosten. Nicht eingeschlossen sind darin Kosten für die Erweiterung der Schulgebäude, denn irgendwo müsste ja die zusätzliche Jahrgangsstufe wohl auch unterrichtet werden. Bei den notorischen Raumproblemen an allen Schulen (dies dürfte bei Gymnasien kaum anders sein) käme hier ein nicht unwesentlicher Betrag zusammen. Grob überschlägig könnte man auch sagen, dass man an den rund 376 öffentlichen Gymnasien sicher rund 1200 zusätzliche Räume erstellen müsste. Bei den gegenwärtigen Baukosten käme man also folglich auf rund 300 Mio. Euro zusätzlich hierfür. Alles in allem wäre das Projekt G9 so teuer wie kein anderes Projekt des Kultusministeriums. 500 Mio. Euro sind übrigens ein gutes Stück des Haushalts des Kultusministeriums. Schon alleine vor diesem Hintergrund zu behaupten, dies habe keine Auswirkungen auf andere Bereiche des Schulwesens, dürfte folglich kaum der Realität entsprechen. Diese 500 Mio. Euro kämen somit den 264.000 Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zugute. Bei einer Gesamtschülerzahl von rund 1.000.000 Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen insgesamt ist eine exorbitant hohe zusätzliche Investition (abgesehen von dem Batzen, der ohnehin schon in die Gymnasien fließt) in gerade mal etwa 26 Prozent aller Schülerinnen und Schüler. Davon könnten andere Schularten



Quelle: Kühn, Svenja Mareike/Ackeren, Isabell van/Bellenberg, Gabriele/Reintjes, Christian/Brahm, Grit im (2013): Wie viele Schuljahre bis zum Abitur? Eine multiperspektivische Standortbestimmung im Kontext der aktuellen Schulzeitdebatte. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 16 (1), S. 115–136. Aktualisierung: Simone Grellmann, WZB (2018) Bundeszentrale für politische Bildung

wohl nur träumen. Die rund 400.000 Grundschülerinnen und Grundschüler, die an den 2.322 staatlichen Grundschulen unterrichtet werden, kämen jedenfalls mit weniger als der Hälfte dieses Budgets endlich zu flächendeckendem Förderunterricht und Differenzierungsstunden, die dort wohl dringender gebraucht werden als irgendwo anders. Denn keine Schulart hat eine solch heterogene Schülerschaft und leistet eine solch grundlegende Arbeit, von der alle auf dieser Schulart aufbauenden Schularten profitieren. Wie nötig diese in Baden-Württemberg wären, wird uns leider in jeder Bildungsstufe die schmerzlich bewiesen. Nicht einmal die Hälfte der Kosten für ein G9 würde es auch kosten, alle Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen sofort gerecht nach A13 zu bezahlen. Für beides sei übrigens kein Geld da, meint man zumindest in Stuttgart. Genauso wenig wie für eine Senkung des Deputats der Grundschullehrkräfte. Keine andere Schulart hat zudem eine derart hohe Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte.

Wie sieht es an den anderen öffentlichen Sekundarschularten aus?

Im Land gibt es rund 230 Haupt-/Werkrealschulen, an denen ca. 41.000 Schülerinnen und Schüler (SuS) unterrichtet werden. Bei den Realschulen sind es immerhin mehr als 190.000 SuS in 400 Schulen. Gemeinschaftsschulen (ohne gymnasiale Oberstufe) gibt es ungefähr 300 mit 89.000 SuS. Dazu kommen noch einmal 9 GMSen (mit gymnasialer Oberstufe), in denen zusätzlich rund 945 SuS unterrichtet werden. Zusammengenommen sind dies also rund 320.000 SuS außerhalb der Gymnasien, also ungefähr 56 Prozent der Sekundar-SuS besuchen somit nicht das Gymnasium. Hätte eine Öffnung nach G9 für diese eine Auswirkung? Bestimmt erhebliche. Denn seit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung gibt es immer noch einen erheblichen Prozentsatz von Eltern, die es an einer vermeintlich besseren Schulart einfach mal probieren wollen. Was dies für viele SuS bedeutet, dürfte jedem klar sein, der an einer Sekundarschulart unterrichtet. Das Probieren endet leider allzu oft in einem Scheitern, was zur kontinuierlichen Herausforderung aufseiten aufnehmender Schularten führt,



Der stellv. VBE-Landesvorsitzende Dirk Lederle hat in Staufen an einer Veranstaltung der CDU zum Thema „G9 jetzt!“ teilgenommen. Von links: Dr. Andrea Gräfin von Hohenthal (Psychologin und Therapeutin), Dirk Lederle, Alexander Becker (MdL, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion), Dr. Patrick Rapp (MdL, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium), Hans-Joachim Kraus (Vertreter der Initiative „G9 jetzt!“).

diese SuS kontinuierlich ab spätestens Klassenstufe 6 zu integrieren. Von der Erfahrung des Scheiterns und des Schulfrusts aufseiten der Kinder/Jugendlichen ganz zu schweigen. Auch hier wäre die Botschaft eines G9 vermutlich fatal. Das Gymnasium wird „leichter“, warum also nicht noch mehr probieren. Zudem wäre auch zu vermuten, dass sowohl den Realschulen als auch den Gemeinschaftsschulen ein Großteil der leistungsstarken SuS in Richtung Gymnasium und G9 verloren gingen. Vor diesem Hintergrund sind Befürchtungen, dass sowohl die Gemeinschaftsschulen als auch die Realschulen und letztlich auch die Werkrealschulen zu einer Art „schulischen Restrampe“ verkommen könnten, durchaus ein realistisches Szenario. Um dies zu vermeiden, wäre es dann auch nur konsequent, wenn man am G9 dann, ähnlich wie an den Realschulen einen G-Zug, auch einen M-Zug (gerne auch integrativ) mit dem Ziel des Realschulabschlusses einrichten würde. So würden weder Gemeinschaftsschulen noch Realschulen permanent als schulisches Auffangbecken agieren müssen.

Das G9 dürfte auch den Trend zur Akademisierung weiter vorantreiben. Gleichzeitig aber beklagen die Industrie und das Handwerk einen eklatanten Mangel an Fachkräften. Für eine solide duale Ausbildung mit den vielfältigen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten dort braucht es in eher wenigen Fällen ein Abitur (weder aus G8 noch aus G9).

Fazit

Wer A sagt, muss auch B sagen. Es nützt nichts, plakativ Dinge zu fordern. Diese müssen absolut konsequent bis zu Ende gedacht werden. Eine Wiedereinführung von G9 hat ohne Zweifel Auswirkungen auf die kom-

plette Bildungslandschaft und auch auf alle anderen Schularten. Der finanzielle Spielraum des Bildungshaushaltes würde dadurch sehr eingeengt werden. Wichtige andere Projekte, wie ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr zur Stärkung der frühkindlichen Bildung, die Sprachförderung an allen Schulen, Poolstunden für Grundschulen, die Bezahlung von Grundschullehrkräften nach A13, die Entlastung der Kollegien durch mehr Anrechnungsstunden, multiprofessionelle Teams oder Verwaltungsassistenzen für Schulleitungen, dürften damit endgültig zu den Akten gelegt werden. Wer mit dem Grundgedanken der Bildungsgerechtigkeit antritt, sorgt dafür sicher nicht, indem man Eliten fördert. Zur Realisierung einer höheren Bildungsgerechtigkeit braucht es zuallererst ein solides Fundament für die Bildung. Und das wird bekanntlich weder am G8 noch am G9 gelegt, sondern in den Grundschulen. Hiervon würden alle auf die Grundschulen aufbauenden Schularten profitieren und damit auch alle über 1 Mio. SuS in Baden-Württemberg. Wer mehr Bildungsgerechtigkeit will, muss dafür Sorge tragen, dass an allen Schulen multiprofessionelle Teams zur Unterstützung fest verortet werden und dass schulische Ressourcen genau dort ankommen, wo sie auch dringend gebraucht werden. Es braucht Lehrkräfte und anderes schulisches Personal, das sich um SuS kümmern kann und Kindern/Jugendlichen Halt und Orientierung gibt.

Das G9 existiert in Baden-Württemberg bereits flächendeckend. Zu finden ist es über die Gemeinschaftsschulen, Werkrealschulen oder Realschulen in Verbindung mit den beruflichen Gymnasien, wenn man dies auch sehen will.

Dirk Lederle



Beyer hilft weiter!

Sehr geehrter Herr Beyer,

am besten komme ich gleich zur Sache. Im letzten Gespräch mit dem Schulamt hat meine Sprengelschulrätin moniert, dass wir an der Schule zu wenig Öffentlichkeitsarbeit machen und der Ruf unserer Grundschule darunter leide. Ich habe mir eine Antwort verkniffen, bin darauf überhaupt nicht mehr eingegangen, da ich kurz vor dem Explodieren war.

Ich nehme an, dass meine Schulrätin mir meinen Ärger angesehen hat. Sie wechselte sofort das Thema und trotzdem brodelte es in mir nach. Ich frage mich immer wieder, was Schulleitungen noch alles machen sollen. An meiner Schule bin ich Sekretärin, Hausmeisterin, Reinigungskraft, Psychologin, Krankenschwester und noch vieles mehr. Letztlich bin ich von der Schulentwicklung bis zur Digitalisierung für alles zuständig. Es muss doch irgendwo Grenzen geben? Meine Arbeit als Schulleiterin muss leistbar und zumutbar sein.

Nun frage ich mich:

Gehört das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ überhaupt zu meinem Aufgabengebiet?

Wie vermittele ich dem Schulamt, dass ein „Noch mehr“ nicht geht?

Wie sieht denn eine gute Öffentlichkeitsarbeit aus?

Ihnen ein herzliches Dankeschön, dass Sie sich um die Beantwortung meiner Fragen kümmern!

Mit freundlichen Grüßen

B. M.

Sehr geehrte Frau M.,

Ihren Unmut kann ich sehr gut verstehen, denn die Aufgaben für Schulleitungen werden immer mehr. Deshalb setzt sich der VBE Baden-Württemberg konsequent für bessere Arbeitsbedingungen ein. Mit meiner nächsten Aussage gieße ich ganz bewusst noch mehr Öl ins Feuer, denn nun kommen auch noch die Ziel- und Leistungsvereinbarungen und BiSS-Transfer hinzu. Viele Fortbildungen, Besprechungen und die Umsetzung dieser Bereiche stehen an. In allen Themengebieten sind Sie und Ihr Team gefordert. Im Folgenden werde ich jetzt aber versuchen, Ihre konkreten Fragen zu beantworten.

Gehört das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ überhaupt zu meinem Aufgabengebiet?

Kurz und knapp: Leider ja, die Aufgaben des Schulleiters / der Schulleiterin sind im § 41 SchG geregelt. Sie sind unter anderem „verantwortlich für die Besorgung aller Angelegenheiten der Schule“. Dazu gehört aus meiner Sicht ganz klar auch die Öffentlichkeitsarbeit.

Wie vermittele ich dem Schulamt, dass ein „Noch mehr“ nicht geht?

Ich halte es für legitim, dass Sie dem Schulamt gegenüber Ihre Arbeitsbelastung mitteilen. Die Schulaufsicht sollte mitbekommen, dass Lehrkräfte und Schulleitungen an der Belastbarkeitsgrenze angekommen sind. Aus Ihren kurzen Schilderungen entnehme ich jedoch ansatzweise, dass Sie sich selbst für viele Aufgaben verantwort-

lich fühlen und diese vollumfänglich übernehmen. Durchaus können Sie Aufgaben delegieren. An meiner Schule beispielsweise habe ich weder den Schulflyer entworfen, noch bin ich für die Aktualisierung der Homepage zuständig. Diese Bereiche könnten zum Beispiel das Sekretariat oder Kolleginnen und Kollegen mit besonderen Aufgabengebieten übernehmen. Ich denke zum Beispiel an den „Kulturbeauftragten“ oder an die „Digitalisierungsexpertin“. Weitere Kolleginnen und Kollegen können Sie mit Fotos oder kleinen Zeitungsbeiträgen unterstützen. Ein Foto von der Autorenlösung, einem Lerngang, dem Malwettbewerb etc. ist schnell gemacht, dazu eine kurze Beschreibung.

Dies genügt meist schon und ganz nebenbei hat man viel Material für den Jahresrückblick. Oft lade ich bei größeren Aktionen an meiner Schule die Presse ein, diese übernimmt dann das Anfertigen des Zeitungsberichts. Sie sehen, es gibt Möglichkeiten bezüglich Öffentlichkeitsarbeit, die Sie als Schulleitung nicht großartig belasten. Nebenbei erfährt die Öffentlichkeit von der guten Arbeit Ihrer Schule.

Wie sieht denn eine gute Öffentlichkeitsarbeit aus?

Die Außenwirkung von guter Öffentlichkeitsarbeit darf nicht unterschätzt werden. Sie ist oftmals ein Türöffner gegenüber dem Schulträger und den Kooperationspartnern. Natürlich stellt die Öffentlichkeitsarbeit Sie und Ihre Schule vor einige Herausforderungen: Wie planen und koordinieren wir den internen und externen

Kommunikationsfluss? Welche Mittel und Wege zur Übermittlung wichtiger Informationen stehen uns zur Verfügung? Wie können wir die Wahrnehmung unserer Schule verbessern und pflegen? Grundsätzlich gilt: Tue Gutes und rede darüber.

Die Innen- und Außendarstellung Ihrer Schule werden maßgeblich durch Ihr Handeln, das Wirken Ihres Kollegiums und vor allem Ihre Kommunikationsform beeinflusst. Die Öffentlichkeit sollte Ihre Schule so einschätzen und wahrnehmen, wie sie aus Ihrer Sicht gesehen werden soll. Geben Sie die verschiedenen Informationen positiv, selbstbewusst und glaubwürdig weiter. Schaffen Sie Transparenz und Vertrauen!

Gute Öffentlichkeitsarbeit sorgt für Transparenz, diese wiederum schafft Vertrauen. Treten Sie bewusst nach innen und außen auf. Dabei helfen zum Beispiel:

- aktuelle Aushänge
- eine Schul-App
- eine aktuelle Schulhomepage
- Bereitstellung von digitalen Informationen und Vorlagen
- Schulzeitschrift
- Flyer
- Teilnahme an Wettbewerben
- ...

Eine gesteuerte Öffentlichkeitsarbeit benötigt eindeutige Ziele und eine durchdachte Konzeption. Sowohl in der Schule

als auch in der Öffentlichkeit sollte klar sein, wofür Ihre Schule steht und wo welche Verantwortlichkeiten liegen. Dies können Sie ganz gut mit hilfreichen Fragen erreichen. Wo stehen wir? Was wollen wir erreichen? Wie setzen wir es um? ...

Mein Tipp zum Schluss: Machen Sie kleine Schritte, schaffen Sie Synergieeffekte und delegieren Sie ganz konsequent. Für Ihre wertvolle Arbeit wünsche ich Ihnen alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen

Walter Beyer, stellv. VBE-Landesvorsitzender

Der VBE Wirtschaftsservice informiert **Vorsorgen und Absichern**



Vorteile für VBE-Mitglieder

- **Nutzen Sie die Vorteile Ihrer VBE-Mitgliedschaft. Als Partnereinrichtung des VBE Baden-Württemberg bietet der VBE-Wirtschaftsservice für alle VBE-Mitglieder attraktive und bedarfsgerechte Vorsorge- und Versicherungsprodukte.**
- **Wir vergleichen für Sie und sorgen für eine passende Risikoabsicherung. Informieren Sie sich!**



Weitere Informationen
erhalten Sie unter:
www.vbe-wirtschaftsservice.de

oder per E-Mail:
wirtschaftsservice@vbe-bw.de



Lederle spricht **KLARTEXT**

Bibi und die „Hektikfaster“

Sonntagabend, die Kinder sind im Bett und ich sitze mit meiner Frau auf dem Sofa. Der Tatort hat schon angefangen, jetzt aber schnell, sonst kommt man ja nicht mehr mit. In dieser Hektik vertippt sich meine Frau auf der Fernbedienung und wir landen irgendwo in den Untiefen des Programmverzeichnisses. „Was ist denn das? Ab 25 kommt ja sowieso nur noch Kruscht“, knurrt meine Frau. Gelandet sind wir bei einem Verkaufssender, der stolz eine Sondersendung „Nur noch drei Monate bis Weihnachten“ im September präsentierte, und das, obwohl es draußen noch fast 25 °C abends hat. Und dann dieses Phänomen. Fast so wie bei einem Unfall: Du willst nicht hinschauen, musst es aber. Kruscht trifft es ziemlich gut. Irgendwelche Blinkekerzen und LED-Akku-Lichtle neben mehr oder minder geschmacklosem Deko-Kram. Furchtbar. Und dieser Moderator erst. Irgendwie erinnert mich das Geblubber, in dem er seine Waren anpreist, stark an verbalen Brechdurchfall. Hört der sich eigentlich mal selbst reden?

Apropos furchtbar und Weihnachten. Was mir immer in der Vorweihnachtszeit wahnsinnig auf den Wecker geht, ist die unglaubliche Hektik, in die alle Welt zu verfallen scheint. Überhaupt ist es gefühlt bei uns Schulen sowieso zwei Mal pro Jahr Weltuntergang – am Schuljahresende und eben am Jahresende. Noten, Zeugnis, Konferenz hier und da, Elterngespräche noch und nöcher. Ich glaube, wir alle könnten diese Liste noch problemlos fortsetzen. Am Jahresende trägt der Weltuntergang etwas andere Züge, das Resultat ist aber das gleiche. Dann kommt auch noch Neujahr und das mit den guten Vorsätzen (mehr Sport, gesünder leben und endlich mal abnehmen) klappt bei mir zumindest nicht so ganz. Also machen wir es dieses Jahr mal ganz anders. Keine guten Vorsätze für nach Weihnachten, sondern eher so etwas wie eine Art Hektikfasten in der Zeit davor. Einfach mal bewusst im Hier und Jetzt sein und eben nicht noch das und dann auch noch das und das. Meine Frau und ich diskutieren und fassen gemeinsam einen

Entschluss: Dieses Jahr werden wir die Vorweihnachtszeit bewusst gestalten. Mehr Ruhe und weniger Hektik, aber vor allem nicht wie sonst immer das Gefühl, vom Beginn der Weihnachtsferien quasi übermannt zu werden, dann krank in die Ferien zu starten und sich durchzuschleppen bis über den Verwandtenbesuchsmarathon hinaus in den Totalausfall.

“
Du könntest eine Flasche Rotwein aufmachen, dann beginnen wir das mit der Entschleunigung einfach jetzt schon mal.”

Was es dazu braucht, ist ein Plan, also so etwas wie ein Verlaufsplan, meint meine Frau. Sie schnappt sich das iPad nebst Stift und skizziert den Ablauf der Vorweihnachtszeit, besser gesagt, sie erstellt einen Zeitplan mit Raster, um zu planen, welche Aktion zu welchem Zeitpunkt stattfindet und was eben nicht. Ich weiß jetzt nicht, ob das so ein Frauending ist, aber sie jedenfalls ist so eine Checklisten-Fanatikerin mit Häkchen dran und so. Ich würde ja viel lieber alles auf mich zukommen lassen, aber sie meint, das würde nur die Gefahr bergen, etwas Essenzielles zu verpassen. „Du könntest eine Flasche Rotwein aufmachen, dann beginnen wir das mit der Entschleunigung einfach jetzt schon mal“, meint sie. Ich bin nicht unbedingt ein Freund davon, denn montags klingelt der Wecker schon sehr früh. „Es ist September. Mir ist noch nicht so nach Rotwein“, entgegne ich. „Ich mach uns lieber einen Tee.“ Damit falle ich glatt durch, von wegen September, Hitze und so. Also einigen wir uns auf ein Glas Rosé aus dem Kühlschrank. Meine Frau beginnt

derweil, die Kacheln auf dem Pad zu schieben, die sie erstellt hat, und fertigt immer mehr neue davon an. Geschenke kaufen nach hier oder doch lieber zuerst mit den Kleinen backen, dann der Besuch bei irgendeiner Tante und auch noch die Gräber machen, sich mit ihren Freundinnen zum Weihnachtsessen treffen, Weihnachtsfeier Kollegium 1 und 2, die Liste aus Kacheln wird immer länger und länger. Irgendwie erkenne ich jetzt den Unterschied zu sonst eigentlich kaum noch. Nebenher plappert der Typ im Fernsehen noch was von Spekulatius-Duftkerzen. Dem stelle ich mal jetzt die Luft ab, sonst wird das nichts mit der Konzentration. Das Zeitraster ist vollgepflastert und sie hat zunehmend Mühe, ihre Kacheln an den Wochenenden unterzubringen, weshalb das Raster inzwischen nicht mehr so sehr an einen Generalstabsplan erinnert, sondern eher an einen Scherbenhaufen aus Kacheln, zumindest als ihr endgültig die Samstage ausgehen. Sie beginnt, auf unter der Woche auszuweichen, was mich wiederum dazu veranlasst, meinen Kalender hervorzuholen. Konferenz hier und da, Dienstbesprechung, Jour fixe, Hilfeplangespräch, Termin mit dem Amt. Ich schüttle den Kopf. So wird das nichts. Wir müssen nicht besser planen, sondern einfach Dinge mal bewusst nicht machen, meine ich dann.

„Du willst jetzt aber nicht ernsthaft über das Plätzchenbacken mit den Kleinen diskutieren“, fragt sie dann ziemlich erbost. Das meine ich dann eben nicht. Was ich meine, ist, bewusst schulische Dinge auch mal nicht an Nr. 1 zu setzen und zu versuchen, alles auch noch irgendwie reinzuquetschen. Also Termine vielleicht auch auf nach Weihnachten zu schieben, denn dort ist mein Kalender seltsamerweise noch relativ wenig gefüllt. Sich selbst mal bewusst Zeit zum Durchatmen zu genehmigen. Einfach mal andere Dinge zu machen und nicht immer nur zu planen und zu optimieren. „Dein Kollegium ist dir da bestimmt nicht böse“, meint sie. Also schiebe ich in der Planung rum und räume die Wochen direkt vor Weihnachten

zumindest von dem leer, was ich selbst beeinflussen kann. Stattdessen setze ich dann Terminblöcke, damit mein Vorzimmer nicht etwa die Chance nutzt, sich an den Lücken zu freuen, um dann doch noch einen Termin einzubauen. Da bin ich mal gespannt, ob das funktioniert.

Und vor lauter Hängenbleiben in den Abgründen der Fernsehsender und dem ganzen Planen ist es jetzt einfach zu spät für den Tatort. Auch gut. Denn miteinander reden und planen ist sowieso viel schöner, als Bibi dabei zuzuschauen, wie sie einen Mörder dingfest macht, obwohl ich sie und ihren Kollegen mit dem berühmten Wiener Schmah schon echt gerne mag.

Dirk Lederle

*Schulleiter Johanniter-
schule Heitersheim,
stellvertretender VBE-
Landesvorsitzender*



Personalratswahlen

17. April bis 3. Mai 2024





Gesunderhaltung und Motivation in anspruchsvollen Zeiten

Vermutlich ziemlich oft stellen sich Menschen in ihrem Leben die Frage, wie die Prioritäten ideal zu setzen sind. Denn wir können weder die Welt noch uns selbst retten, wenn wir quasi als hilflose Helfer und mit einem überhöhten Anspruch unser Leben und unsere Arbeit komplett überfrachten. Und dass man mit zu hohem Ladegewicht die Geschwindigkeit nicht erhöhen kann, ist eigentlich selbstredend. Schließlich ist es auch keine gute Idee, mit dem Joggen anzufangen, solange man stark überge- wichtet ist.

Unter dieser Prämisse kann es in unserer beschleunigten Gesellschaft und dem Schuldienst, wie er sich aktuell in Baden- Württemberg darstellt, eigentlich nur einen großen „Mut zur Lücke“ geben.

Im Privaten mag man dies noch geregelt bekommen, wenn man sehr konsequent ist, je nachdem, wie gut man fähig ist, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden. Dahingegen sind wir in unserem Berufsleben von höheren Instanzen und Ämtern abhängig, von denen man den Eindruck bekommen kann, dass sie in den letzten Jahren nicht gerade viele Lücken gefunden haben, sondern eher noch Lücken füllen, die gar nicht vorhanden sind. Denn nicht umsonst war in unserer Mitgliederzeitschrift zuletzt öfter von der „Nettozeit im Unterricht“ die Rede, welche sicherlich viele Lehrkräfte gerne erhöht sehen würden!

Denn was könnte in Zeiten des Personal- und Ressourcenmangels wichtiger sein, als eine Kontinuität durch ansprechenden und guten Unterricht zu gewährleisten, möglichst wenige Listen ausfüllen zu „dürfen“, sich möglichst nicht in neue Sachverhalte einarbeiten zu müssen, als Pädagogen oder Pädagoge den vollen Fokus auf die heranwachsenden legen zu können?

Inwieweit haben Lehrkräfte die Möglichkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden, effektive Konferenzen zu genießen, neue bürokratische Ideen von oben nur voll anzunehmen, wenn man wirklich absolut vom Mehrwert überzeugt ist?

Daran an schließt sich die Frage, wie wir unsere Motivation aufrechterhalten können angesichts eines Systems, das selten über lange Zeiträume kontinuierlich funktioniert hat, ohne Veränderungen unterworfen zu sein. Wie man in den letzten Monaten und Jahren erfahren und erleben konnte, benötigt es für eine Vielzahl an neuen Ideen nicht einmal eine Landtagswahl. Nehmen wir als Beispiel die Idee, dass dem Lesen per Dekret mehr Priorität im Schulalltag eingeräumt werden müsste. Deswegen werden an Grundschulen aktuell gerade feste Lesebänder eingeführt, Zeiten definiert, in denen lautes Vorlesen von Kindern eingeplant werden muss. Selbstverständlich ist diese Idee nicht falsch, nur gibt es sicherlich zahlreiche Schulen, die schon sehr lange auf solche Maßnahmen Wert legen. Diese müssen nun in jedem Fall ein hohes Maß an Zeit aufbringen, um ihre Tätigkeiten zu dokumentieren, die sie möglicherweise ohnehin schon längst voller Überzeugung durchführen. Entweder führt dies zur Mehrarbeit, was sich aktuell im Bildungsbereich kaum jemand leisten kann, der pädagogisch tätig ist – oder der Mut zur Lücke greift, da man irgendwo die

Zeit wieder hereinholen möchte. Die Botschaft von der Basis ist klar: Wir benötigen möglichst wenige additive Aufgaben in näherer Zukunft! Denn wie soll man eine Krise / einen Engpass, der voraussichtlich bis mindestens 2035 andauernd, bewältigen angesichts einer schleichend sich vermehrenden Aufgabenfülle, die krank macht, wenn es nicht mehr gelingt, pädagogisch sinnvoll und gesundheitserhaltend vernünftig sich selbst Grenzen zu setzen?

Schließlich müssen wir nicht nur unsere Gesundheit selbst immer im Auge haben, sondern auch diejenigen, welche für uns verantwortlich sind: Dies ist ein eindringlicher Appell aller in Bildungseinrichtungen Lehrenden, dass man aktuell keinerlei Verbesserungsvorschläge benötigt, die am Ende unter Umständen nur in Verschlimm- bungen münden. Denn wie der Bauer so schön sagt, vom regelmäßigen Wiegen erhöht sich der Umfang des Tieres nicht. Daten sind schön und gut und mögen in der freien Wirtschaft hilfreich sein, jedoch wünschen sich die an der Basis tätigen Menschen, dass zusätzliche Bürokratie auch von zusätzlichen Bürokraten erledigt wird und nicht von Lehrkräften oder Schulleitungen, in Bezug auf die man froh sein kann, wenn man hier künftig noch genügend begeisterungsfähiges und leistungsstarkes Personal findet, das nicht mittelfristig krank ausfällt. Daher wäre es schön, wenn den vollmun- digen Worten einer Implementierung von sogenannten multiprofessionellen Teams auch einmal Taten folgen würden, denn der Worte sind schon genug gewechselt und es ist im Bildungssystem in den letzten Jahr- zehnten sicherlich alles gesagt worden, nur noch nicht von jedem.

Mein eindringlicher Wunsch an alle Leserinnen und Leser: Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund, damit wir in unserem wunderbaren Beruf erfolgreich sein können, ohne in einem kränkelnden System auf Dauer selbst krank zu werden oder reine Getriebene zu sein! Qualität erreicht man zum Glück nicht nur durch Quälerei.



Peter Jock
VBE-Kreisverband
Karlsruhe



Erste Hilfe im Schulalltag

Stumpfe Verletzungen

Verletzungen des Stütz- und Bewegungsapparates entstehen schnell im Sportunterricht, aber auch durch Unachtsamkeit beim Treppensteigen oder durch einen Sturz auf dem Pausenhof. Für Laien ist häufig nicht zu erkennen, ob es sich um eine Muskelprellung oder -zerrung handelt, Gelenke verstaucht, Bänder gerissen oder Knochen gebrochen sind. Daher empfiehlt sich immer eine Weiterbehandlung durch einen Arzt, der gegebenenfalls eine bildgebende Diagnostik (beispielsweise Röntgen) zurate ziehen kann. Folgender Artikel bezieht sich auf stumpfe Verletzungen (Brüche werden in einem späteren Artikel gesondert behandelt).

Wichtiges vorweg

Eigenschutz steht an erster Stelle – tragen Sie medizinische Handschuhe, wenn Körperflüssigkeiten (beispielsweise Blut) im Spiel sind!

Merkmale

- Unmittelbare (starke) Schmerzen
- Schwellung
- Rötung
- Kraftlosigkeit, einhergehend mit
- Einschränkungen der Bewegungsfähigkeit oder sogar kompletter Bewegungsunfähigkeit

Was ist zu tun?

- Offene Wunden möglichst keimarm bedecken, Wundauflage fixieren
- Person warm halten (zum Beispiel mit einer Decke)

- Schonhaltung unterstützen, Bewegungen möglichst vermeiden
- Bei Knochengeräuschen, offenen Brüchen, Gefühllosigkeit, abnormaler Lage oder Beweglichkeit von Gliedmaßen, plötzlich verkürzten Gliedmaßen: Notruf (112) wählen und die betroffene Person nicht bewegen!
- Um die Schwellung möglichst klein zu halten, gilt ganz allgemein die PECH-Regel:
- **Pause** – Aktivität sollte unterbrochen, die verletzte Körperpartie ruhiggestellt werden.
- **Eis** – kühlen Sie die verletzte Körperregion möglichst lange. Empfohlen werden mind. 20–30 Minuten, um eine Tiefenkühlung zu erhalten. Stoppen Sie die Kühlung, wenn die betroffene Person diese als unangenehm empfindet. Legen Sie nach 10 Minuten eine kurze „Kühlpause“ ein, bevor Sie die Stelle weiterkühlen.
- **Compression** – die betroffene Stelle kann mit einer Mullbinde stabilisiert werden, eventuell kann auch das Kühlelement damit befestigt werden.
- **Hochlagerung** – betroffene Körperregion erhöht lagern, möglichst wenig bewegen, gegebenenfalls mit Jacken, Decken, Kissen oder Ähnlichem umpolstern.
- **ACHTUNG! Sind Sie sich nicht sicher, ob es sich um einen Bruch handelt, dann unterlassen Sie die PECH-Regel**
- Dokumentation des Unfalls (z. B. im Verbandsbuch oder auf den Meldeblock)

Quellen:

Apotheken Umschau: Was besagt die PECH-Regel? <https://www.apotheken-umschau.de/therapie/erste-hilfe/was-besagt-die-pech-regel-721887.html> (zuletzt: 10.08.2023).

DRK e.V. (2022): Einfach. Effektiv. Erste Hilfe. Das Handbuch für alle Rotkreuzkurse. S. 31 ff.

Malteser Hilfsdienst (2021): Erste-Hilfe-Handbuch-Wissen, Ratschläge, Selbsthilfe.

DGUV Information 204-008: Handbuch zur Ersten Hilfe in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder. <https://publikationen.dguv.de/widgets/pdf/download/article/2769> (zuletzt: 10.08.2023). S. 84–88.

Die Techniker: Die PECH-Regel für Sportlerinnen und Sportler. <https://www.tk.de/techniker/magazin/sport/sportverletzungen/pech-regel-2006152?tkcm=aaus> (zuletzt: 10.08.2023).

Spickzettel

PECH-Regel

- Pause
- Eis
- Compression
- Hochlagerung

Schonhaltung unterstützen



Franziska Gramlich
stellvertretende
Vorsitzende
VBE-Landesbezirk
Nordbaden



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Anmeldung und Information bei:

Annika Jung
Referentin Fortbildung und Medien
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

E-Mail: annika.jung@vbe-bw.de
Telefon: 0711 229314-81

Fortbildungen des VBE Baden-Württemberg



Live-Online-Seminar in drei Modulen:

Die Kraft der positiven Gefühle – was ist und was bewirkt die Positive Psychologie?

Aktuelle Forschungsergebnisse belegen, dass Menschen, die sich gut, also positiv, fühlen, in der Regel gesünder sind und eine höhere Lebenserwartung haben. In diesem Live-Online-Seminar erhalten Sie einen Einblick in die Denkansätze und Techniken der Positiven Psychologie, lernen einige ihrer Wirkmechanismen kennen und wie Sie persönlich davon profitieren können. Sie erleben in ausgewählten Übungen, wie Sie positive Gefühle und damit Wohlbefinden „trainieren“ und in Ihr tägliches Leben einbringen können. Sie erhalten Anregungen, wie Sie Ihre Stärken (noch mehr) nutzen und sich damit neue Ressourcen schaffen können, um Ihre Energiereserven wieder aufzufüllen und gleichzeitig Ihre innere Widerstandsfähigkeit zu steigern.

Dienstag, 23. Januar 2024, 15:00–17:00 Uhr

Dienstag, 30. Januar 2024, 15:00–17:00 Uhr

Dienstag, 6. Februar 2024, 15:00–17:00 Uhr

ONLINE über Zoom. Einen Link mit dem Zugang erhalten Sie vorab.



Lachend lernen! – Lehrkräftegesundheit und Lernfreude mit Humor

Pro Tag treffen Sie als Lehrkraft etwa 200 Entscheidungen und haben etwa 15 Konfliktsituationen zu meistern. Hinzu kommen noch viele weitere Aufgaben. Woher soll die Energie kommen, Gesundheit und Leistungsfähigkeit zu erhalten und dabei die Schülerinnen und Schüler zu motivieren? Humor ist ein wirksames Mittel. Die Fortbildung ist gegliedert in zwei Workshops, mit Vortragselementen und vielen interaktiven Übungen und Gesprächsteilen. 1. Teil: „Humor als Lernbeschleuniger und Kommunikationsmittel“: Lernen funktioniert leichter und besser, wenn es verknüpft ist mit positiven Emotionen. Diese Erkenntnis der Hirnforschung lässt sich im Unterricht umsetzen, selbst wenn man nicht zum Komiker geboren ist. Durch Humorroutinen und -spiele sowie Präsentationstipps lässt sich durch kleine Veränderungen viel bewirken. Zusätzlich ist Humor hilfreich in der Elternarbeit: als Mittel zur Deeskalation in schwierigen Gesprächen und als Präsentationstipp beim Elternabend. 2. Teil: „Gesundheit und gute Stimmung mit Humor“: Fröhliche Menschen sind nicht automatisch gesund und Gesunde nicht automatisch fröhlich. Was wir aber wissen, ist, dass gute Stimmung vor Krankheit und Stress schützt! Eine spannende Erkenntnis ist: Humor kann man lernen!

Donnerstag, 1. Februar 2024, 9:30–17:00 Uhr

Parkhotel, Raum Humor und Heiterkeit, Deimlingstraße 36, 75175 Pforzheim



Längere Krankheit im Beamtenrecht

Niemand ist gerne krank, erst recht nicht über eine lange Zeit. Neben den gesundheitlichen Einschränkungen, unter denen die erkrankte Person leidet, stellen sich in einer Krankheit auch immer wieder rechtliche Fragen und es ergeben sich rechtliche Probleme. In dieser Fortbildung klären wir, was Krankheit ist und wie sie sich z. B. von einem Dienstunfall abgrenzt. Zudem beschäftigen wir uns mit den Rechten und Pflichten der erkrankten Person. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Gespräch zur betrieblichen Wiedereingliederung (dem BEM-Gespräch). Bei einer längeren Erkrankung im Beamtenverhältnis auf Probe können spezielle Probleme entstehen, denen wir uns ebenfalls widmen. Abschließen werden wir die Fortbildung mit den Themen Zuruhesetzung, eingeschränkte Dienstfähigkeit und Reaktivierung.

Donnerstag, 8. Februar 2024, 9:30–17:00 Uhr

GENO-Haus Stuttgart, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart



VBE-Wahlvorständeschulung: Personalratswahl 2024



Am Montag, dem 9. Oktober 2023, fand im Parkhotel Pforzheim die 2. Schulung der Wahlvorstände zur Personalratswahl im GHWGRS-Bereich statt. Nadine Possinger und Christine Ebert führten durch das umfangreiche Tagungsprogramm.

Nadine Possinger gab zu Beginn Auskunft über den aktuellen Stand der VBE-Kampagne zur Wahl und zu den Terminen, die intern zu beachten sind. Anschließend gab Christine Ebert fachkundige Informationen zu den Themen Vorbereitung und Durchführung der Wahl und zur Wahl des Bezirkspersonalrats und des Haupt-

personalrats. Dabei waren vor allem die aktuellen Änderungen der Wahlordnung wichtig, die die Wahlvorstände im Blick haben müssen und die zum Beispiel dazu führen, dass an allen Schulen die Bekanntmachung der Wahlvorstände nach den Herbstferien schon aushängen müssen und nicht erst nach den Weihnachtsferien. Neben den Informationen gab es immer wieder auch Rückfragen der Wahlvorstände zu einzelnen Themen wie der Aufstellung des Wählerverzeichnisses, der Rolle der Schulleitungen als Wahlhelfer, zum Wahlausschreiben und zu den Stimmzetteln, die von Christine Ebert

geduldig beantwortet wurden. Gut informiert und mit reichlich Arbeit zur richtigen Durchführung der Wahl endete die Veranstaltung mit einem Dank an Nadine Possinger und Christine Ebert für die gelungene Durchführung dieser Schulung.



Andreas Kober
Mitglied im Wahl-
vorstand am SSA
Böblingen

Der VBE Baden-Württemberg ist an Ihrer Seite



**VBE-Serviceangebote unter
www.vbe-bw.de**

Um Ihnen auch online bestmöglich zu helfen, bieten wir Ihnen aktuelle Informationen und Serviceleistungen auf unserer Homepage. Außerdem bietet der VBE interessante Fortbildungsmöglichkeiten – auch online – an. Unter dem Menüpunkt Veranstaltungen auf unserer Homepage finden Sie unser vielfältiges Angebot.



Personalratswahlen 2024

Die VBE-Fraktion des ÖPR Albstadt

Im Örtlichen Personalrat am Staatlichen Schulamt in Albstadt-Ebingen besteht die VBE-Fraktion aus vier Mitgliedern. Alfred Vater ist Lehrer an der Berta Hummel-Schule in Bad Saulgau und seit über 15 Jahren Mitglied im ÖPR. Er berät beispielsweise bei den Themen rund um die Versetzung, Abordnung sowie bei Konflikten an der Schule. Alfred Vater beteiligt sich des Weiteren bei Schulhausbegehungen über den BAD. Margit Malek ist ebenfalls Lehrerin an der Berta Hummel-Schule in Bad Saulgau und Geschäftsführerin der Hector Kinderakademie Bad Saulgau. Sie ist ebenfalls langjähriges Mitglied im ÖPR Albstadt. Sie ist darüber hinaus Mitglied im Vorstand des Personalrats und kümmert sich um vielfältige Aufgabengebiete wie den Arbeits- und Gesundheitsschutz, den Datenschutz, die Versetzungen, Beurlaubungen, Gefährdungsbeurteilungen und Schwangerschaftsmeldungen. Der Dritte im Bunde ist Andreas Gronbach. Er ist Realschullehrer an der Realschule in Mengen. Andreas Gronbach beteiligt sich maßgeblich an der Organisation von Personalversammlungen, beim Erstellen von Texten für den ÖPR, ist bei Schulhausbegehungen im Rahmen der BAD dabei und berät vornehmlich Kolleginnen und Kollegen aus dem Sekundarbereich. Charlotte Zepf – seit fast 10 Jahren Mitglied im ÖPR – ist schon seit ca. 15 Jahren als Pädagogische Assistentin tätig und beinahe 10 Jahre für den Bereich aller Pädagogischen Assistentinnen und Assistenten im Schulamt zuständig. Sie kümmert sich ebenfalls um den Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Charlotte Zepf arbeitet seit vielen Jahren an der Bilharzschule in Sigmaringen.



Andreas Gronbach, Margit Malek, Charlotte Zepf, Alfred Vater

Als VBE-Team sind wir engagiert und aktiv tätig. Gerne begleiten wir Lehrkräfte bei schwierigen Gesprächen an den Schulen oder am Schulamt, sei es als Person des Vertrauens oder per Entsendung als Mitglied des ÖPRs. Alle Mitglieder beraten und unterstützen die Lehrkräfte in sämtlichen dienstlichen Belangen. Wir sind stets erreichbar über Mail oder Telefon. Zusätzlich ist die Fraktion bei verschiedenen Aktionen präsent, sei es bei den Personalversammlungen, bei der Begrüßung der neuen Lehrkräfte oder der neuen Referendarinnen und Referendare. Das VBE Team ist auch bei politischen Anliegen Ihr verlässlicher Ansprechpartner. Wir wollen Sie weiterhin gut beraten und unterstützen. Deshalb brauchen wir Ihre Stimme bei den Personalratswahlen 2024, um weiterhin erfolgreich für Sie tätig zu sein. Ihr Wohl liegt uns am Herzen, wir sind für Sie da!

Die VBE-Fraktion des ÖPR Biberach

Seit der letzten Personalratswahl stellt der VBE sechs Personalräte im ÖPR des SSA Biberach. Das Besondere: Sie stammen aus zwei Kreisverbänden, dem Kreisverband Biberach und dem Kreisverband Ulm/Alb-Donau. Das VBE-Team besteht aus Martin Badent, Anja Bartenschlager, Sandra Ritschmann, Ernst Vater, Christian Walter und Stefanie Wekenmann.

Das um eine Person angewachsene Team ist im Bereich des ÖPR Biberach vielfältig engagiert. Unsere Arbeitsbereiche sind: Arbeits- und Gesundheitsschutz, Mutterschutz und Elternzeit, Arbeitnehmerfragen, Inklusion, Planung der Personalversammlung, Führung der Unfallstatistik, Versetzung GHWS und SBBZ, Hilfe bei Mobbing und Fragen rund um die Mehrarbeit. Für weitergehende Beratungen stehen wir jederzeit zur Verfügung. Diese waren bisher zahlreich, beispielsweise in den Bereichen Schulleitung, Fachlehrkräfte, Stundenplanfragen, Sabbatjahr, Teilzeit in Elternzeit, Versetzung. Dabei achten wir auf die Einhaltung rechtlicher Vorgaben.



Martin Badent



Anja Bartenschlager



Ernst Vater



Sandra Ritschmann



Stefanie Wekenmann



Christian Walter

Unsere VBE-Teams stellen sich vor!

Die VBE-Fraktion des ÖPR Ravensburg/Bodensee

Mein Name ist **Werner Steiner**, ich bin der KV-Vorsitzende und Mitglied im ÖPR Markdorf. Ich beschäftige mich mit den Themen Grundschule, Lehrkräftegesundheit, Mehrarbeit, Datenschutz und Schulleitung. Mit meinen Kolleginnen und Kollegen organisiere ich die VBE-Stände bei Veranstaltungen vor Ort.



Mein Name ist **Anja Schatz**, ich bin im ÖPR-Vorstand. Meine Schwerpunkte im ÖPR sind Versetzungen und Abordnungen, Nebentätigkeiten sowie schulbezogene Stellenausschreibungen. Im VBE-Kreisverband bin ich außerdem noch Ansprechpartnerin für Fortbildungen und Fragen zur Realschule/Sekundarstufe.

**Wir sind ein
zupackendes, verlässliches
und kompetentes Team!**

Mein Name ist **Gabriele Held** und ich bin die Geschäftsführerin unseres Kreisverbandes. Im ÖPR Markdorf vertrete ich die angestellten Lehrkräfte. Mein Steckenpferd sind Themen der Lehrkräfte im kirchlichen Dienst. Seit der letzten Wahlperiode bin ich im Personalrat.



Mein Name ist **André Radke**. Ich bin KV-Vorstandsmitglied und ÖPR-Mitglied. Im ÖPR und KV bin ich Ansprechpartner zu den Themen BAD, Sicherheit in der Schule, Bildungshaus und Schulleitung.

PERSONALRATSWAHLEN 2024



**Ihre VBE-
Personalräte
sind immer
für Sie da!**

FAQ Personalratswahl des Bezirkspersonalrats des ZSL



Ich habe eine Abordnung mit einer Stunde an das ZSL, ansonsten bin ich an einer Schule tätig. Bin ich wahlberechtigt?

Ja, klar, es reicht für die Wahlberechtigung am ZSL aus, wenn du eine Stunde dort tätig bist.



Ich bin an den Wahltagen im Urlaub, würde aber so gerne wählen. Gibt es die Möglichkeit, Briefwahl zu beantragen?

Ja, klar gibt es das. Du kannst die Briefwahlunterlagen einfach beantragen.



Ich habe zwei Stellen, einmal an einer Außenstelle des ZSL in Esslingen und einmal an einer Regionalstelle des ZSL. Habe ich dann bei der Wahl des Bezirkspersonalrats zwei Stimmen?

Nein. Du hast nur eine Stimme.



Ich möchte gerne Briefwahl beantragen, habe das aber noch nie gemacht. Könnt ihr mir da helfen?

Sicher! Bei der Briefwahl bekommst du vom Wahlvorstand den Stimmzettel und einen Stimmzettelumschlag, eine Erklärung zur Briefwahl und einen Briefwahlumschlag zugesendet. Der Wahlvorstand sollte damit auch ein Merkblatt zur Briefwahl an dich schicken. Wenn du möchtest, bekommst du auch eine Kopie des Wahlausschreibens, auf dem alle Details der Wahl stehen. Du kannst dann auf dem Stimmzettel deine Stimmen abgeben. Diesen steckst du dann in den Stimmzettelumschlag, der unbedingt unverschlossen bleiben muss. Sonst ist er ungültig. Mit der unterschriebenen Erklärung zur Briefwahl kommt dann der Stimmzettelumschlag in den Briefwahlumschlag. Diesen musst du zukleben und mit der Post oder der Dienstpost an den Wahlvorstand zurückschicken. Das musst du so frühzeitig machen, dass der Wahlbrief spätestens am letzten Wahltag beim Wahlvorstand eingeht.



Ich bin erst seit Kurzem am ZSL beschäftigt und bin mir daher nicht sicher, ob ich im Wählerverzeichnis bin. Wie kann ich das überprüfen?

Sehr gute Frage! Du kannst Einsicht nehmen in das Wählerverzeichnis, das am ZSL und an den Außen- und Regionalstellen aufliegt. Du kannst dort schauen, ob du ins Wählerverzeichnis eingetragen bist. Wenn du eingetragen bist, kannst du wählen.



Ich habe im Wählerverzeichnis nachgesehen, ob ich dort eingetragen bin. Ich habe meinen Namen nicht gefunden, aber ich möchte unbedingt wählen. Was kann ich tun?

Du kannst beim Wahlvorstand Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen. Nach der momentanen Planung geht das im Zeitraum vom 28.11. bis 14.12.2023. Den Einspruch musst du schriftlich (also durch ein Originalschreiben mit handschriftlicher Unterschrift) einreichen. Der Wahlvorstand muss über diesen Antrag unverzüglich entscheiden.



Ich bin an der Außenstelle des ZSL in Bad Wildbad beschäftigt. Mir wurde gesagt, dass ich in Bad Wildbad nicht persönlich wählen kann, sondern nach Stuttgart fahren muss. Stimmt das?

Für die Außenstellen und die Regionalstellen hat der Wahlvorstand Briefwahl angeordnet. Das bedeutet, dass du persönlich in Bad Wildbad nicht wählen kannst, aber dafür kannst du per Briefwahl wählen.



Chance (vorerst) vertan!?

VBE kritisiert den Auftakt der Tarifverhandlungen

Der Weg ist lang, bis sich der dbb beamtenbund und tarifunion und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) auf gemeinsame Forderungen einigen. Letztendlich sind diese Forderungen dann allerdings Ausdruck eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, wenn man sich das gewerkschaftliche Spektrum genauer anguckt. Zu einer Einigung zwischen den beiden Dachorganisationen kam es am 11. Oktober 2023. Mit Blick auf die Belastungen, unter denen auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu leiden haben, mahnte Rita Mölders, stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Arbeitsbereich Tarifpolitik, auf überkommene Verhandlungsrituale zu verzichten und bereits die erste Verhandlungsrunde für konkrete Debatten zu nutzen. Ihre Rufe verhallten ungehört und die erste Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft der Länder verlief am 29. Oktober 2023 erwartbar ergebnislos. Mölders zeigt sich enttäuscht und nimmt die Politik in die Pflicht:

„Wer ernsthaft daran interessiert ist, mehr Menschen in die Schulen zu bekommen, muss die Chance ergreifen und Aufwertungen des Berufsstandes auf den Weg bringen. Eine erste Chance dies zu tun, ist leider nicht ergriffen worden. Anstatt, wie vom VBE gefordert, die lästigen Rituale der ersten Verhandlungsrunde über Bord zu werfen, wird erneut dieselbe Scharade gespielt, die wir aus den vergangenen Jahren bereits kennen. So geht nicht nur unnötig Zeit ins Land, um die beschäftigten Lehrkräfte und alle an Schule Beteiligten zu entlasten und für ihren bedeutsamen Dienst wertzuschätzen. Es bleibt auch weiterhin so, dass der öffentliche Dienst nicht mit den Konditionen des freien Marktes mithalten kann. Ein fatales Signal an die jungen Menschen, die vor der Berufswahl stehen.“

Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, ergänzt: „Die Forderung von 10,5 Prozent oder mindestens 500 Euro ist mehr als angemessen, wenn wir die gesteigerte Belastungssituation infolge der Inflation betrachten. Sie ist aber nur ein Teil des Forderungskatalogs. Besonders für junge Menschen muss ein attraktiver Berufseinstieg ermöglicht werden. Darüber hinaus droht der Länderbereich in der Frage der Einkommensentwicklung abgehängt zu werden, wenn eine angemessene Steigerung ausbleibt. Wenn dies verhindert werden soll, muss in der zweiten Verhandlungsrunde deutlich mehr von Arbeitgeberseite kommen.“

**dbb:
wir.
für euch.** **10,5%**
**500 Euro
mindestens**

Die gemeinsamen Forderungen von dbb beamtenbund und tarifunion, der Dachorganisation des VBE, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dessen Gremien:

- Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen und Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.
- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und Dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

Breites Bündnis für den Digitalpakt!

Die Ampelkoalition auf Bundesebene lässt den Digitalpakt auslaufen. Und das weder mit der festen Zusage für einen Digitalpakt 2.0 noch mit einer Aussage zur Anschlussfinanzierung. Denn noch immer gibt es viele Schulen, die keine digitale Infrastruktur haben. Tomi Neckov, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung, macht dies in einer Pressekonferenz mit dem Digitalwirtschaftsverband BITKOM, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Bundeselternrat deutlich. Er bezog sich dabei auf die Zahlen der repräsentativen Befragungen, welche der VBE regelmäßig bei forsa in Auftrag gibt. So hat ein Drittel der Schulen noch keinen Zugang zu Breitbandinternet und WLAN und 15 Prozent der Schulen haben nicht einmal einzelne Klassensätze an Laptops. Neckov dazu: „Der Ausstattungsschub durch den Digitalpakt war zwar gut, aber noch immer profitieren nicht alle Schulen. Zudem haben wir mitten im Lehrkräftemangel keine Kapazitäten für weitere Aufgaben. Die digitale Infrastruktur muss durch entsprechende Fachpersonen betreut werden! Wir brauchen Planungssicherheit für die Schulen mit einer soliden Anschlussfinanzierung. Und sobald wie möglich einen Digitalpunkt 2.0, der nachhaltig die digitale Infrastruktur in den Schulen sichert!“



Haltung macht den Unterschied, keine Verbote!

Noch immer steht die Welt unter Schock, nachdem Israel von der Hamas angegriffen wurde. Doch die Deutung über die kriegerischen Vorgänge fällt unterschiedlich aus. Das merken die Lehrkräfte auch an den Schulen, wenn Schülerinnen und Schüler sich beschimpfen oder Gewaltverbrechen verherrlichen. Dabei ist für den VBE Bundesvorsitzenden Gerhard Brand eines klar: „Wenn Lehrkräfte nicht bereits jeden Tag für unsere Demokratie einstünden, sähe es düster aus für unsere Demokratie. Die Spannungen, die infolge der unmenschlichen Verbrechen, die die Hamas an tausenden Jüdinnen und Juden verübt hat, nun auch in unseren Schulen auftreten, gehen aber über diesen konkreten Auslöser hinaus und sind auch Folge langfristiger Versäumnisse der Politik bei der konsequenten Bekämpfung antisemitischer Tendenzen in unserer Gesellschaft.“ Vor allem bemängelt er, dass es trotz jahrelanger und vehementer Forderungen seitens verschiedener Interessenvertretungen und Gewerkschaften bis heute keinen bundesweiten Definitionsrahmen in der Frage gebe, was ein antisemitischer Vorfall sei. „Außerdem fehlen eine einheitliche Meldepflicht für Vorfälle in den Schulen und unabhängige Beratungsstellen für Betroffene antisemitischer Gewalt gibt es, wenn überhaupt, nur vereinzelt. Die Folge: Eine hohe Dunkelziffer, die seit Jahren wächst und eine Herausforderung, die schlichtweg nicht mehr von heute auf morgen gelöst werden kann. Wenn die Politik jetzt glaubt, sich aus ihrem Versagen mit Verboten an Schulen freikaufen zu können, wie dies jüngst in Berlin geschehen ist, kann ich nur davor warnen. Derartige Verbote machen Lehrkräfte zur Zielscheibe für Gewalt. Vielmehr muss endlich Bewegung in das Vorhaben kommen, antisemitische Tendenzen konsequent zu bekämpfen. An den Schulen braucht es dafür deutlich mehr Zeit und personelle Ressourcen, aber auch Fortbildungen für Lehrkräfte, um gelingende Präventionsarbeit gewährleisten zu können.“

Im Gespräch mit der Bundesschülerkonferenz

Das war ein spannendes Panel! Die Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz (BSK), Wiebke Maibaum, hatte geladen – und alle waren gekommen: die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Berliner Senatorin Katharina Günther-Wünsch, die Vorsitzende des Bundeselternrates, Christiane Gotte, und die Bundessprecherin des Jungen VBE, Susann Meyer. Sie diskutierten Ende Oktober bei dem Bildungskongress 2023 die Frage, ob der Föderalismus noch zeitgemäß ist. Susann Meyer setzte ein klares Zeichen für den Föderalismus, vor allem, indem sie auf die Nachteile eines zentralistischen Systems hinwies. Dieses sei behäbig und könnte weniger Innovationskraft entwickeln. Gleichwohl sieht sie Chancen bei gemeinsamen Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen in die Bildungsinfrastruktur.

Die Forderungen der BSK finden Sie hier: <https://kurzelinks.de/bsk-2023>



V.l.n.r.: Katharina Günther-Wünsch, Wiebke Maibaum, Christiane Gotte und Susann Meyer

VBE Seniorinnen und Senioren unterwegs

Eines der Kernthemen der Jahrestagung der VBE Bundesseniorenvertretung, welche vom 4. bis 6. Oktober 2023 in Berlin stattfand, war der Lehrkräftemangel und damit die drängendste Herausforderung, vor der die Bildungslandschaft derzeit steht. Auftakt zur Auseinandersetzung bot eine Diskussion mit dem Bundesvorsitzenden des VBE, Gerhard Brand. Es bestand Einigkeit darin, dass die verzweifelten Lösungsversuche der Politik, beispielsweise die Einstellung von Seiteneinsteigenden mit oder ganz ohne akademische Ausbildung oder den stundenweisen Einsatz von Lehramtsstudierenden oder reaktivierten Pensionärinnen und Pensionären, nicht nur Flickschusterei seien, sondern eine massive Bedrohung für die Bildungsqualität.

Weitere Themen, wie z. B. die Wahlvorbereitung für den Bundeskongress, die Änderung der Geschäftsordnung oder aktuelle Erkenntnisse zum Themenbereich „Bildung im Alter“, vorgestellt von Hjalmar Brand, luden zu regem Austausch ein. Den Abschluss bildeten ein Vortrag vom dbb-Experten Mathias Warnking zum Thema „Grundsätzliche Aspekte und aktuelle Entwicklungen der Beamtenversorgung“ sowie ein Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden Gerd Kurze zum Thema „Sicher Autofahren im Alter“, in dem er Ergebnisse aus einer BAGSO-Veranstaltung erläuterte.



Neu gewählter Vorstand der dbb bundesseniorenvertretung (v.l.n.r.): Norbert Lütke, Anke Schwitzer, Horst Günther Klitzing, Thomas Krupp und Max Schindlbeck

Und auch die dbb bundesseniorenvertretung kam zusammen. Bei dem 3. Bundesseniorenkongress wurde u. a. der Vorstand neu gewählt. Neben der Bestätigung von Dr. Horst Günther Klitzing im Amt wurde der Sprecher der VBE-Senioren, Max Schindlbeck, erneut in den Vorstand gewählt. Zu diesem Erfolg beglückwünschen wir ihn und wünschen ihm ein glückliches Händchen bei der Ausübung seiner Tätigkeit.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Jahrestagung der VBE-Bundesseniorenvertretung 2023



Die diesjährige Jahrestagung der Bundesseniorenvertretung des VBE fand vom 4. bis 6. Oktober 2023 in Berlin statt. Max Schindlbeck, Vorsitzender der VBE-Bundesseniorenvertretung, begrüßte die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer. Den ersten Tagesordnungspunkt bildete traditionsgemäß die Diskussion mit dem neuen VBE-Bundesvorsitzenden, Gerhard Brand. Er widmete sich in seiner Eröffnungsrede fast ausschließlich dem drängendsten Problem der Gegenwart, dem bundesweiten Mangel an Lehrkräften in allen Ländern und in sämtlichen Schulformen. In den Grundschulen und Kitas sei dieser aber noch besorgniserregender, da er durch die personalintensive Inklusion und den Anspruch auf Ganztagsbetreuung verstärkt werde. Die verzweifelten Lösungsversuche wie die Einstellung von Seiteneinsteigenden mit oder ganz ohne akademische Ausbildung oder der stundenweise Einsatz von Lehramtsstudierenden oder reaktivierten Pensionärinnen und Pensionären könne nur als Flickschusterei, aber nicht als Lösung des Problems angesehen werden. Dass heute zudem bundesweit mehr als eintausend Schulleistungsstellen unbesetzt

seien, bewertete er als weitere bedrohliche Folgeerscheinung der geringen Wertschätzung. Diese beruhe aber auch oft auf der zu niedrigen Dotierung, erst recht auf der zu hohen Unterrichtsverpflichtung, die ein der Komplexität der Leitungsfunktion angemessenes Zeitkontingent ausschließe. In der anschließenden Diskussion mit den Tagungsteilnehmenden wurde diese negative Bestandsaufnahme bestätigt.

Im weiteren Verlauf des ersten Tagungstages standen die Wahlvorbereitung für den Bundeskongress, die Änderung der Geschäftsordnung, die kommissarische Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden sowie die Einzelberichte aus den Bundesländern auf der Tagesordnung. Die Berichte der VBE-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer in mehreren Fachkommissionen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenverbände (BAGSO) schlossen sich an. Den zweiten Tagungstag eröffnete der Sozialwissenschaftler Hjalmar Brandt mit dem Vortrag zum Thema „Bildung im Alter“. Er berichtete aus mehreren Untersuchungen, deren Ergebnisse die Voraussetzungen und Möglichkeiten für altersgerechte Bildungsangebote aufzeigten und

darauf hinwies, dass für ältere Menschen auch eine besondere Art der Unterrichtung notwendig sei. Aus dem Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten dazu Beispiele eigener Erfahrungen beigeleitet werden. Den Abschluss bildeten ein Vortrag vom dbb-Experten Matthias Warnking zum Thema „Grundsätzliche Aspekte und aktuelle Entwicklungen der Beamtenversorgung“ sowie ein Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden Gerd Kurze zum Thema „Sicher Auto fahren im Alter“, in dem er Ergebnisse aus einer BAGSO-Veranstaltung erläuterte. Einen Höhepunkt der Tagung stellte am Vormittag des dritten Tages eine Führung durch den Bundestag dar, bei dem die Gedanken des Architekten Norman Foster sichtbar gemacht wurden. Unter der Leitung Fosters wurde zwischen 1995 und 1999 der Reichstag vor dem Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin umgestaltet.

Mit der Bekanntgabe des Tagungstermins 2024 – Mittwoch, 02.10., bis Freitag, 04.10.2024, in Fulda – schloss Max Schindlbeck die Veranstaltung ab.

*Gerhard Kurze und Toni Weber
Bild: Sajad Jadidi*

Kurz gemeldet

Sieben Millionen ohne Internet

Etwa sieben Millionen Menschen in Deutschland nutzen das Internet nicht und die Digitalisierung unserer Gesellschaft wird weitergehen. Besonders betroffen ist die ältere Generation. Die VBE-Seniorenvertretung sieht insbesondere die öffentliche Verwaltung und die kommunalen Bürgerdienste in der Verantwortung, den Bürgerservice so zu gestalten, dass auch weiterhin in den Gemeinden ein Leben ohne Internet möglich ist, insbesondere für die älteren Menschen. „Wer möchte, dass ältere Menschen sich souverän durch das Gesundheits- und Pflegesystem bewegen, durch Techniknutzung länger selbstbestimmt und autonom

leben können und als Bürgerinnen und Bürger gut informiert an Gesellschaft und Politik partizipieren, der muss sowohl einfache und verständliche digitale Lösungen entwickeln wie auch nicht digitale Zugänge aufrechterhalten“, formulierte es die BAGSO-Vorsitzende Regina Görner.

Demografischer Wandel in Deutschland

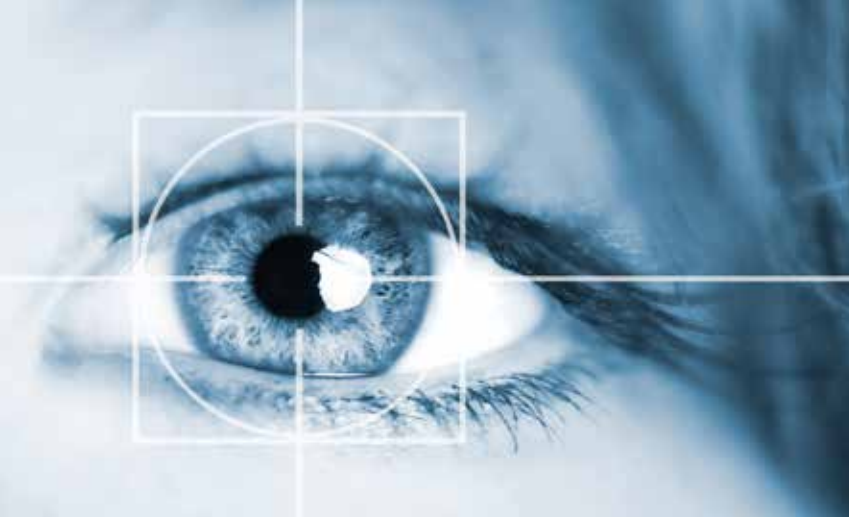
Die Bundesregierung rechnet mit einem starken Anstieg der über 67 Jahre alten Menschen in Deutschland. Zwischen den Jahren 2020 und 2035 rechnet sie mit einer Zunahme der über 67-Jährigen um 4 Millionen auf 20 Millionen und zwischen 2035 und 2040 um weitere zwei Millionen. Aktuell beträgt der Anteil der über 67-Jährigen

an der Gesamtbevölkerung fast 20 %. Bis 2040 rechnet die Bundesregierung mit einem Anteil von 27 % und 2060 sogar mit einem Anteil von fast einem Drittel der Bevölkerung. Parallel zu dieser Entwicklung geht der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter zurück. So rechnet die Bundesregierung damit, dass die Zahl der Bürger im erwerbsfähigen Alter 2037 auf etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung schrumpft.

Rentenangleichung Ost endlich erreicht

Ein Jahr früher als geplant konnte die Rentenangleichung Ost endlich erreicht werden. Mit 37,60 € je Rentenpunkt sind die Rentenwerte Ost und West seit dem 1. Juli 2023 gleich.

Ekkehard Gabriel



IM FOKUS ...

... der Tarifabschluss TVöD für den Sozial- und Erziehungsdienst von 2022 in der Praxis

Seit 1. Juli 2022 gilt er nun: der Tarifabschluss TVöD für den Sozial- und Erziehungsdienst. Es wurde lange verhandelt und es gab einige wesentliche Verhandlungspunkte, die besonders von der Arbeitgeberseite als toller Erfolg „verkauft“ wurden. Die wichtigsten Punkte der Einigung waren:

- **Regenerationstage:** Alle Beschäftigten erhalten ab 2022 zwei Regenerationstage.
- **SuE-Zulage:** Ab 1. Juli 2022 erhalten die Beschäftigten in den Entgeltgruppen S 2 bis S 11a (unter anderen Erzieherinnen und Erzieher) eine monatliche Zulage in Höhe von 130 Euro. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (in den Entgeltgruppen S 11b bis S 12 sowie S 14 und S 15) erhalten ab 1. Juli 2022 ebenfalls eine Zulage in Höhe von 180 Euro. Diese Zulage kann auf Wunsch der Beschäftigten zu einem Teil in Freizeit umgewandelt werden (maximal 2 Arbeitstage pro Kalenderjahr).
- **Anpassung der Stufenlaufzeiten:** Die bestehenden Regelungen zu den Stufenlaufzeiten im Sozial- und Erziehungsdienst werden zum 1. Oktober 2024 an die allgemeinen Regelungen der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst angepasst. Damit gelten für die SuE-Beschäftigten für das Erreichen der jeweils nächsten Erfahrungsstufe in der jeweiligen Entgeltgruppe keine verlängerten Stufenlaufzeiten und keine vorgezogenen Endstufen mehr. So steigen die Gehälter künftig schneller als bisher.
- **Verbesserte Attraktivität:** Die Heraushebungsmerkmale werden erweitert, die Zulage für Praxisanleitung beträgt 70 Euro monatlich.

- **Laufzeit:** Die Regelungen haben eine Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2026.

Doch wie sieht es in der Praxis aus? Was kommt tatsächlich beim Fachpersonal an? Wie wurden die Ergebnisse umgesetzt?

Zwischen Tarifabschluss und der konkreten Umsetzung der Ergebnisse des SuE lagen knapp wie Monate. Die freien Kita-Träger waren nicht alle in der Lage, die Beschlüsse zeitnah umzusetzen, zumal der Teufel auch im Detail lag und es bei einigen Punkten nicht klar war, wie sie, besonders vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels, umgesetzt werden sollen.

Den größten Beratungsbedarf und die meisten Fragezeichen gab es bei den Regenerationstagen. Die Träger standen vor der großen Problematik, wie sie den Fachkräften die Regenerationstage bei einer ohnehin schon sehr dünnen Personaldecke gewähren sollen. Diese beiden zusätzlichen Tage waren eigentlich so gedacht, dass das Fachpersonal den Zeitpunkt für diese Tage frei wählen kann. In kaum einer Kita konnte dies so umgesetzt werden. Statt zwei freie Tage selbst zu planen, haben ein Großteil der Träger und Kita-Teams sich dafür entschieden, die beiden Regenerationstage als zusätzliche Schließtage zu gewähren. Somit ist de facto für das Fachpersonal keine wirkliche Wahlfreiheit möglich.

Diese Entscheidung hat natürlich bei vielen Eltern für großen Unmut gesorgt, da nun vielerorts die Kitas für zwei weitere Tage geschlossen werden. Bedingt durch

den Fachkräftemangel haben die Eltern ohnehin schon kräftige Kürzungen des Betreuungsangebotes und der Öffnungszeiten bei steigenden Kita-Beiträgen hinnehmen müssen. Die meisten Eltern hatten schon Probleme, mit 30 Schließtagen der Einrichtungen planen zu müssen, und nun sind es 32 Tage. Leider kann man nicht davon ausgehen, dass alle berufstätigen Eltern einen Urlaubsanspruch von 32 Tagen haben. Es ist verständlich, dass die Enttäuschung über die Umsetzung in diesem Bereich bei Fachpersonal und Eltern groß war und ist.

Da die Verkürzung der Stufenlaufzeiten erst im Oktober 2024 umgesetzt wird, hat das pädagogische Fachpersonal in 2022 und 2023 keinen wirklich großen Vorteil durch den Tarifabschluss gehabt. Es ist zu hoffen, dass die Verkürzung der Stufenlaufzeiten ab Oktober 2024 von den Arbeitgebern ohne weitere Aufforderungen durch das Personal umgesetzt wird.

Bei der „verbesserten Attraktivität“ durch die Zahlung einer Zulage für die Anleitung von Fachschülerinnen und Fachschülern, PIA-Azubis und Sozialassistentinnen und Sozialassistenten ist aktuell festzustellen, dass die wenigsten Anleiterinnen und Anleiter für ihre Bemühungen in der Ausbildung diese Zulage erhalten. Ein großer Hinderungsgrund ist der Umstand, dass die wenigsten Anleiterinnen und Anleiter die geforderten 15 % Anleitungszeit pro Woche bezogen auf die eigene Wochenarbeitszeit aufgrund von Personalmangel, verkürzten Öffnungszeiten und fehlender Verfügungszeit nicht erreichen. Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass viele

Träger glauben, dass beispielsweise die Anleiterpauschale nur für die Anleitung von PIA-Azubis vergütet wird. In den Verwaltungen der Träger herrscht derzeit ein gefährliches Halbwissen über die Anleiterpauschale und man hat den Eindruck, dass die Arbeitgeber ganz schnell Ausreden parat haben, weshalb sie ausgerechnet in diesem oder in jenem Fall die Pauschale nicht bezahlen wollen. Es ist ein großer Irrtum der Arbeitgeber, zu glauben, dass mit dieser Haltung die Motivation zur Anleitung von Azubis in den Kitas steigt.

Fazit

Insgesamt betrachtet, sind die mühsam erstrittenen Tarifiergebnisse von 2022 immer noch nicht wirklich beim Fachpersonal umgesetzt worden und angekommen. Die zusätzlichen Regenerationstage sind zu festgelegten Schließtagen mutiert und die Zulage für die Anleitung von Azubis, Fachschülerinnen und Fachschülern ist durch die 15%-Regelung und den Unwillen in so mancher Personalverwaltung nicht erreichbar.

Das Landesreferat Kitas des VBE wird diese Entwicklung weiterhin genau beobachten und auf Wunsch seine VBE-Mitglieder bei der Durchsetzung der tariflich festgelegten Ansprüche unterstützen.



Susanne Sargk
Leitung Landesreferat
Kindertages-
einrichtungen im VBE
Baden-Württemberg

Immer gut informiert mit dem VBE!



Der neue **VBE-Ratgeber Erbrecht** informiert auf 166 Seiten ausführlich über das aktuelle Erbrecht sowie die entsprechenden Erbschaftsteuer-Richtlinien. Mit einer Vielzahl von Beispielen gelingt es dem Autor, die jeweilige Rechtssituation auch schnell verständlich zu machen.

166 Seiten DIN A4 Format
7,50 € für VBE Mitglieder + Versand
12,00 € für Nichtmitglieder + Versand



Der **VBE-Ratgeber Vorsorgeservice** geht konkret auf die Vorsorgevollmacht, die Patientenverfügung sowie die Erklärung zur Organspende ein. Er enthält ebenso die erforderlichen Formulare für das VBE-Mitglied als auch für dessen Ehepartner. Die Formulare sind zum Heraustrennen.

48 Seiten DIN A4 Format
4,00 € für VBE Mitglieder + Versand
8,00 € für Nichtmitglieder + Versand



Mit der Broschüre **Gut informiert 3** werden Sie zu den Möglichkeiten der Versetzung in den Ruhestand informiert. Aus dem Inhalt: Beamtenversorgung – Ruhegehalt; Altersteilzeit; Versicherungen und Beihilfe beim Übergang in die Pension; ...

56 Seiten DIN A5 Format
3,00 € für VBE Mitglieder + Versand
6,00 € für Nichtmitglieder + Versand

Jetzt bestellen!

Online: www.vbe-wirtschaftsservice.de

Per Mail: wirtschaftsservice@vbe-bw.de

VBE Wirtschaftsservice GmbH
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Immer gut informiert mit dem VBE!





Referat Schwerbehinderung

Gesund bleiben, gesund werden und Barrieren überwinden

Längere Krankheit im Arbeitsrecht (Teil 2)

In der letzten Magazinausgabe beschäftigten wir uns ausschließlich mit den Regelungen der Zuruhesetzung im Beamtenrecht. In dieser Ausgabe beleuchten wir die Vorgaben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Thema längere Erkrankung

Eine längere Erkrankung und eine daraus resultierende Arbeitsunfähigkeit stellen für die Betroffenen oft eine große Belastung dar. Sie können aber auch ernst zunehmende arbeitsrechtliche Folgen haben. Nach einer Krankheitsdauer von mehr als 6 Wochen hat der Dienstvorgesetzte bzw. der Arbeitgeber ein Gespräch zur Betrieblichen Wiedereingliederung anzubieten. Dieses sog. „BEM-Gespräch“ werden wir im nächsten Magazin näher erläutern.

Arbeitnehmer

Bei einer längeren Erkrankung erhält der Arbeitnehmer in den ersten 42 Tagen Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber. Ab dem 43. Tag besteht ein Krankengeldanspruch, der niedriger ist und sich nach dem vorangegangenen Einkommen richtet. Von der Höhe her liegt es maximal bei 90 % des Nettoeinkommens und 70 % des Bruttoeinkommens. Das Krankengeld wird maximal für 78 Wochen bezahlt.

Angestellte nach dem TVöD und TV-L, also in öffentlichen Schulen angestellte Pädagogische Assistentinnen und Lehrkräfte, erhalten zusätzlich einen Krankengeldzuschuss.

1. Erwerbsunfähigkeits- oder Erwerbsminderungsrente

Sollte ein Arbeitnehmer dauerhaft aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nicht mehr voll arbeiten können, so gibt es ähnlich wie beim Beamten die Möglichkeit, vorzeitig Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen. Zuständig dafür ist der zuständige Rentenversicherungsträger.

Dafür muss die Wartezeit von 5 Jahren erfüllt werden. Innerhalb der vergangenen 5 Jahre müssen 36 Monate Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung bezahlt worden sein. Zudem darf die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht sein.

Grundsätzlich gilt:

„Reha vor Rente“. Bevor also ein Arbeitnehmer Rentenleistungen erhält, müssen die Möglichkeiten der Rehabilitation ausgeschöpft sein. Erst wenn das der Fall ist, kann geprüft werden, ob der Arbeitnehmer vielleicht weniger arbeiten kann.

Wird dann die Erwerbsunfähigkeits- oder Erwerbsminderungsrente beantragt, müssen Formulare ausgefüllt und ärztliche Berichte eingereicht werden.

Praxis-Tipp:

Für Hilfe beim Ausfüllen der Formulare kann auch in Ihrer Stadt- oder Gemeindeverwaltung ein Termin vereinbart werden.

a) Erwerbsminderungsrente:

Kann der Arbeitnehmer noch arbeiten, aber einfach nicht mehr voll, dann kann er Erwerbsminderungsrente beantragen. Dazu muss seine Arbeitsleistung bei mindestens 3 Stunden, aber nicht mehr als 6 Stunden täglich liegen. Die Höhe dieser Erwerbsminderungsrente richtet sich nach den vorher eingezahlten Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung. Neben dem Bezug der Erwerbsminderungsrente kann der Arbeitnehmer noch in Teilzeit arbeiten, er hat aber eine Hinzuverdienstgrenze. Die Erwerbsminderungsrente kann zeitlich befristet sein. Das heißt, am Ende des Bezugszeitraums muss neu geprüft werden, ob ein Arbeitnehmer wieder voll arbeiten kann oder ob eine Verlängerung der Erwerbsminderungsrente beantragt werden soll.

b) Erwerbsunfähigkeitsrente

Ist der Arbeitnehmer nicht mehr in der Lage, mindestens 3 Stunden zu arbeiten, dann kann er die Erwerbsunfähigkeitsrente beantragen. Wie bei der Erwerbsminderungsrente richtet sich die Höhe der Leistungen auch nach den vorher eingezahlten Beiträgen. Auch diese Rente kann zeitlich befristet sein, sodass die Anspruchsvoraussetzungen vor dem Ablauf des Bezugszeitraums neu überprüft werden.

c) Altersrente für Menschen mit Behinderung

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Altersrente für Menschen mit Schwer-

behinderung ist das Vorliegen eines Grades der Behinderung (GdB) von mindestens 50. Diese Schwerbehinderung muss zum Zeitpunkt des Renteneintritts vorliegen. Arbeitnehmer, die 1964 oder später geboren wurden, können mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Ab 62 Jahren können diese Jahrgänge mit Abschlägen in Rente gehen.

Schwerbehinderte Arbeitnehmer, die 1951 oder früher geboren sind, konnten noch mit 63 Jahren ohne Abschläge in die Rente gehen. In den Übergangsjahrgängen der zwischen 1952 und 1963 geborenen Arbeitnehmer steigt das Renteneintrittsalter pro Lebensjahr um 2 Monate. Um die Rente für schwerbehinderte Menschen in Anspruch nehmen zu können, muss eine Mindestversicherungszeit von 35 Jahren vorliegen.

Praxis-Tipp:

Arbeitnehmer können von der Rentenversicherung eine Übersicht der Beitragszeiten erhalten. Es ist sehr wichtig, diese Beitragszeiten schon in jüngeren Jahren zu überprüfen und gegebenenfalls korrigieren zu lassen. Man nennt dies „Kontenklärung“. Sind etwa Beitragszeiten nicht hinterlegt, können hierfür noch Nachweise vorgelegt werden, damit diese Zeiten in die Rentenberechnung mit einfließen. Findet eine Überprüfung der Versicherungszeiten erst kurz vor der Beantragung der Rentenleistungen statt, so ist es aufgrund des Zeitablaufs oft schwer, nicht vorhandene Nachweise noch zu beschaffen.

2. Kündigung wegen Krankheit

a) In einem unbefristeten Arbeitsverhältnis

Bei einer längeren Erkrankung und einer negativen Gesundheitsprognose kann es vorkommen, dass der Arbeitgeber den Arbeitnehmer gerne kündigen möchte.

Praxis-Tipp:

Sollten Sie die Befürchtung haben, dass Ihnen eine baldige Kündigung droht, dann nehmen Sie gerne Kontakt zu uns

auf. Wir beraten Sie. Maßgeblich für eine Kündigung wegen Erkrankung ist nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, dass bei einer lang andauernden Erkrankung innerhalb der nächsten zwei Jahre nicht mit einer anderen Prognose gerechnet werden kann. Der Arbeitgeber muss also davon ausgehen, dass der Arbeitnehmer in den nächsten zwei Jahren weiter ausfallen wird.

Auch bei häufigen kürzeren Erkrankungen kann sich die Frage einer Kündigung stellen. Anders als bei einer Langzeiterkrankung führen häufige Kurzerkrankungen dazu, dass andere Kollegen durch Überstunden belastet werden und z. T. auch die Entgeltfortzahlung geleistet werden muss. Liegt der Grund von häufigen kurzen Erkrankungen in einer Erkrankung oder auch in den Folgen eines Unfalls, die mittlerweile erfolgreich ausgeheilt sind, so besteht für die Zukunft keine negative Gesundheitsprognose. Denn zumindest wegen dieser ausgeheilten Diagnose kann es wohl in Zukunft nicht mehr zu Erkrankungen kommen.

In manchen anderen Fällen zeigt sich aber durch die Häufigkeit der Erkrankungen eine gewisse Krankheitsanfälligkeit. Daher können häufige Kurzerkrankungen in der Vergangenheit durchaus ein Indiz dafür sein, dass es auch in der Zukunft immer wieder zu krankheitsbedingten Ausfällen kommen wird. Dadurch kann eine negative Prognose vorliegen, weswegen die Kündigung gerechtfertigt sein kann. Auch bei einer Alkoholabhängigkeit ist grundsätzlich eine krankheitsbedingte Kündigung denkbar. Eine Alkoholabhängigkeit stellt ebenfalls eine Krankheit dar, die unbehandelt auch zu einer negativen Gesundheitsprognose führt. Eine krankheitsbedingte Kündigung wegen Alkoholabhängigkeit setzt aber voraus, dass der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bereits erfolglos die Möglichkeit einer Therapie gegeben hatte.

Praxis-Tipp:

Sind Sie Arbeitnehmer und wurden aufgrund einer längeren Erkrankung gekündigt, sollte immer an die Kündigungs-

schutzklage gedacht werden. Wichtig ist, dass dabei schnell gehandelt wird, denn die Klage ist innerhalb von drei Wochen nach Zugang der Kündigung beim Arbeitsgericht zu erheben. Sollten Sie Unterstützungsbedarf haben, melden Sie sich gerne bei uns!

b) In einem befristeten Arbeitsverhältnis

Bei einer längeren Erkrankung oder häufigen Kurzerkrankungen in einem befristeten Arbeitsverhältnis kann es dazu kommen, dass der Arbeitgeber den Arbeitsvertrag nach dem Ablauf des Vertrages nicht verlängern möchte. Auch wenn das für den Arbeitnehmer beeinträchtigend ist, gibt es in solchen Fällen leider keinen Anspruch, dass das Arbeitsverhältnis verlängert wird. Hier ist nur zu empfehlen, sich um eine baldige Regeneration zu kümmern und zu einem späteren Zeitpunkt wieder neu ins Berufsleben einzusteigen. Je nach Erkrankung und ihrer Dauer kann auch ein Antrag auf Erwerbsunfähigkeits- oder Erwerbsminderungsrente empfehlenswert sein.



Nadine Possinger
Leitung Landesreferat
Schwerbehinderte und
Gleichgestellte im VBE
Baden-Württemberg



Benjamin Possinger
Leitung Referat
Schwerbehinderte und
Gleichgestellte im VBE-
Landesbezirk Südbaden

Der Vorstand des Landesbezirks Südwürttemberg fragt nach:

Thema BiSS-Transfer

Gleich zu Beginn auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Dr. Annette Graf, Landeskoordinatorin BiSS-Transfer (ZSL), die unsere Fragen beantwortet hat.

VBE Südwürttemberg: Wie viele Schulen nehmen derzeit an BiSS-Transfer teil und wie viele erstellen ein eigenes Konzept?

Dr. Annette Graf: Mit Stand heute (19.10.2023) haben sich 2.060 Grundschulen für die Teilnahme an BiSS-Transfer entschieden. Insgesamt haben wir ca. 2.450 Grundschulen in Baden-Württemberg. Wir sind sehr beeindruckt von der Fortbildungsbereitschaft der Lehrkräfte in Baden-Württemberg. So hatten wir in den letzten 12 Monaten über 25.000 Teilnahmen an Fortbildungsveranstaltungen zu BiSS-Transfer.

VBE Südwürttemberg: Wie sind die einzelnen Module aufgebaut?

Dr. Annette Graf: BiSS-Transfer ist eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern, sodass bestimmte Strukturen bereits vorgegeben sind. Es gibt eine Landeskoordination am Kultusministerium und eine weitere am ZSL. Diese steuern gemeinsam den landesweiten Gesamtprozess. In den Regionen der sechs ZSL-Regionalstellen sind bei den Arbeitsfeldleitungen Grundschule die Regionalkoordinatorinnen an-

gesiedelt, die für die Unterstützung der Schulen in ihrer Region zuständig sind. Die Schulen sind in Verbünden organisiert. Insgesamt haben wir 21 Verbünde, einen pro Staatlichem Schulamt. Damit die Schulen im Verbund voneinander wissen, gibt es sogenannte Vernetzungstreffen, die von den Regionalkoordinatorinnen organisiert und durchgeführt werden. Unterstützt werden sie dabei von den Sprachbildnerinnen und Sprachbildnern, die zugleich auch die zahlreichen Fortbildungsangebote für BiSS-Transfer mitgestalten und durchführen. Wir haben zu den beiden großen Themenbereichen Leseflüssigkeit und Leseverstehen zahlreiche zweimodulige Fortbildungsveranstaltungen konzipiert, die dem aktuellen Forschungsstand wirksamer Fortbildung entsprechen (Input, Erprobung, Reflexion). Jeder Themenbereich ist zudem als Basisangebot für Einsteiger oder als Vertiefungsangebot für fortgeschrittene Lehrkräfte buchbar. Darüber hinaus konnten wir Hospitationsschulen gewinnen, die ihre Schultüren für interessierte BiSS-Grundschulen öffnen und Einblick in ihre bewährte Praxis der Leseförderung im Rahmen von BiSS-Transfer ermöglichen.

Über die Teilnahme an Themensprechstunden haben Lehrkräfte die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen, die sich im Schulalltag in der Umsetzung des Leseförderkonzepts ergeben.



Dr. Annette Graf, Landeskoordinatorin BiSS-Transfer (ZSL)

Das ZSL bietet ab dem kommenden Frühjahr Wunschkurse für das zentrale Thema Starke BASIS! an, die es Schulteams und ganzen Kollegien ermöglicht, sich in 1,5 Tagen intensiv und ganz in Ruhe mit der Stärkung der Basiskompetenzen auseinanderzusetzen. Dabei gibt es auch Angebote zu BiSS-Transfer.

VBE Südwürttemberg: Wo sehen Sie die Vorteile von BiSS-Transfer? Oder: Was erhoffen Sie sich von BiSS-Transfer?

Dr. Annette Graf: Wir alle wissen, dass wir mit vereinten Kräften daran arbeiten müssen, die Lesekompetenz unserer Grundschulkinder zu verbessern, damit sie in der weiterführenden Schule gut zurechtkommen, aber auch für das lebenslange Lernen die Grundlagen geschaffen sind. Ergebnisse aus der ersten Programmphase von BiSS haben gezeigt, dass sich sprachliche Kompetenzen durch gezielte Trainings und eine durchgängige Sprachbildung nachweislich verbessern lassen. Auch eine systematische Vorgehensweise in der Leseförderung hat sich in anderen Bundesländern als besonders wirksam und nachhaltig herausgestellt, wie beispielsweise die Leseflüssigkeit regelmäßig zu trainieren und feste Lesebänder im Stundenplan zu verankern. Diese wissenschaftlichen Erkenntnisse haben wir sehr ernst genommen und sie in unsere konzeptionellen sowie inhaltlichen Planungen für die Umsetzung von BiSS-Transfer in Baden-Württemberg einfließen lassen. Das Ziel von BiSS-Transfer in Baden-Württemberg ist eine systematische Förderung der Lesefertigkeiten und der Lesefähigkeiten in der Grundschule. Wir wollen den Grund-



Anja Bartenschlager
Vorsitzende
VBE Südwürttemberg



Alfred Vater
stellv. Vorsitzender
VBE Südwürttemberg



Margit Malek
Geschäftsführerin
VBE Südwürttemberg.



Walter Beyer
stellv. Vorsitzender
VBE Ba.-Wü.

schulen bei der Umsetzung dieses Ziels eine Orientierung bieten und haben dafür ein Leseförderkonzept entwickelt. Dieses enthält sowohl auf schulorganisatorischer sowie auf inhaltlicher Ebene verbindliche Elemente. Gleichzeitig haben die Schulen genügend Spielräume für die Ausgestaltung, je nach Gegebenheiten vor Ort.

Auf organisatorischer Ebene ist die Etablierung von Leseförderbändern (mind. zwei Mal pro Woche für 20 min) ein verbindliches Element. Zudem richtet jede Grundschule eine Projektgruppe ein unter dem Vorsitz der Schulleitung. Mitglieder sind die Ansprechperson für BiSS-Transfer an der Schule und Deutschlehrkräfte aus jeder Klassenstufe. Das hat den Vorteil, dass nicht eine einzelne Person für die Umsetzung des Leseförderkonzeptes verantwortlich ist, sondern sich die Umsetzung auf mehrere Schultern verteilt und alle – im besten Fall das gesamte Kollegium – dabei an einem Strang ziehen. Koordiniert wird das Kollegium durch die Ansprechperson. Kernelement des Leseförderkonzeptes ist das Lesecurriculum. Dieses ist systematisch aufgebaut und erstreckt sich spiralcurricular über alle vier Klassenstufen. Es enthält als verbindliche Elemente die regelmäßige Feststellung des Lernstandes, die Förderung der Leseflüssigkeit durch den Einsatz von Lautleseverfahren sowie die Förderung des Leseverstehens durch den Einsatz ausgewählter Lesestrategien. Hier sehen wir den Vorteil darin, dass die

ganze Schule – also Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und auch Eltern – gemeinsam und aufeinander abgestimmt daran arbeitet, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler den Mindeststandard im Lesen erreichen. Die große Stärke von BiSS-Transfer ist das landesweit einheitliche Vorgehen auf allen Ebenen, das auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet ist – die Förderung der Lesekompetenz der Schülerinnen und Schüler.

VBE Südwürttemberg: Welche Herausforderungen stellen sich dem ZSL im Hinblick auf die hohen Anmeldezahlen zu BiSS-Transfer?

Dr. Annette Graf: Die Herausforderungen sind zahlreich und vielfältig, wir nehmen sie jedoch gerne an, weil wir vom Konzept von BiSS-Transfer und dessen nachhaltiger Wirkung im Hinblick auf die Steigerung der Lesekompetenz der Kinder überzeugt sind. Das Organisieren der fast 6.000 E-Mail-Adressen, insbesondere die der BiSS-Ansprechpersonen, die Zuordnung der Schulen zu den 21 Verbänden, der Aufbau einer Kommunikationsstruktur für die jeweiligen Zielgruppen (Schulleitungen, BiSS-Ansprechpersonen, Lehrkräfte) sind derzeit die größten Herausforderungen.

So wie in den Grundschulen zum Teil Lehrkräfte fehlen, ist es für das ZSL sehr schwer, genügend Fortbildnerinnen und Fortbildner zu finden, die zu BiSS-Sprachbildne-

rinnen und Sprachbildnern ausgebildet werden können, um die Schulen bei der Implementierung von BiSS-Transfer bestmöglich zu unterstützen. Die hohe Teilnehmerzahl ermöglicht die individuelle Unterstützung nur von einigen BiSS-Grundschulen. Trotz aller Herausforderungen gelingt es dem ZSL, ein breites Fortbildungsangebot auf die Beine zu stellen, das nach Zielgruppen und Kenntnisstand differenziert ist. Die Möglichkeit, Fortbildungen im digitalen Format und somit landesweit anzubieten, kommt uns hier entgegen. Wir können auf diese Weise viele Teilnehmer, in der Regel alle, die sich anmelden, zulassen. Da BiSS-Transfer Bestandteil vom Unterstützungskonzept Starke BASIS! ist, profitieren wir von der Plattform Starke BASIS!, die in ihren 16 Bausteinen an unterschiedlichen Stellen kurze Erklärvideos oder Online-Seminare für Lehrkräfte anbietet, die inhaltlich kompatibel zu Elementen des BiSS-Lesecurriculums sind. Auf der Plattform haben wir eine eigene BiSS-Kachel eingerichtet, die alle wichtigen Dokumente für BiSS-Transfer-Schulen enthält.

VBE Südwürttemberg: Gibt es einen Punkt, den Sie im Zusammenhang mit BiSS-Transfer noch gerne ansprechen würden?

Dr. Annette Graf: Wir möchten an dieser Stelle ein großes Dankeschön aussprechen an alle, die gemeinsam dazu beitragen, die Lesekompetenz unserer Grundschulkinder zu verbessern.



PERSONALRATSWAHLEN 2024
NUR MIT DIR



Erweiterter Landesbezirksvorstand Nordbaden

Am 5. Oktober fand die zweite Sitzung 2023 des Erweiterten Landesbezirksvorstandes Nordbaden in Walldorf statt. Die Vorsitzende Andrea Friedrich stellte die Beschlussfähigkeit fest und ließ die Tagesordnung genehmigen. Die Organisation und die Regularien übernahmen in bewährter Weise der Geschäftsführer des Landesbezirks Nordbaden Andreas Baudisch und die Schatzmeisterin Marliese Gutermann.

Andrea Friedrich berichtete über die unterschiedlichen Tätigkeiten des Vorstandes seit der letzten Sitzung im März. Zu erwähnen waren dabei unter anderem die Personalversammlungen in Nordbaden im Frühjahr sowie die Mitwirkung des VBE beim Fachtag der PH Heidelberg zur Lehr-

erbildung. Im Anschluss hatten die Fachreferate die Gelegenheit, über Aktivitäten und die aktuelle Bildungspolitik zu berichten. In der darauf folgenden Aussprache und Diskussion waren der Schwerpunkt die Unterrichtsversorgung im Landesbezirk Nordbaden sowie Fragen und Anregungen rund um Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung und Qualifikation von Personen ohne Lehrbefähigung.

Dem Thema „Personalratswahlen 2024“ wurde im Anschluss Zeit eingeräumt. Die Kreisverbände berichteten über ihre vielfältigen Programme und Angebote. Besonders ist hervorzuheben, dass es wieder gelungen ist, ein gemeinsames Veranstaltungsprogramm für den gesamten Lan-

desbezirk zu erstellen. Koordination und Gestaltung verantwortet zum wiederholten Male Franziska Gramlich, der dafür besonderer Dank und Anerkennung ausgesprochen wurde. Die Vorsitzende Andrea Friedrich bedankte sich bei ihren beiden Stellvertretern Franziska Gramlich und Michael Mercatoris sowie dem Geschäftsführer Andreas Baudisch und der Schatzmeisterin Marliese Gutermann für die Arbeit und Unterstützung.

Besonderer Dank gilt auch den sieben Kreisverbänden Mannheim, Heidelberg/Rhein-Neckar, Neckar-Odenwald, Karlsruhe, Pforzheim, Rastatt und Freudenstadt für die allzeit hervorragende Zusammenarbeit.

7. Nordbadischer VBE-Stammtisch: Pensionäre unter sich

Am 24.10.2023 war zum 7. Nordbadischen VBE-Stammtisch in die Pizzeria Bella Italia in Leimen-Sankt Ilgen eingeladen. Zahlreiche Anmeldungen lagen vor, allerdings diesmal nur Pensionäre. Das Schmuddelwetter und Erkältungen (seit Corona traut man sich ja beim Schnupfen nicht mehr raus) ließen die tatsächliche Teilnehmerzahl sinken. Das tat der guten Laune der Gesellschaft aber keinen Abbruch. Ungezwungene Gespräche, leckere Speisen und Getränke ließen den Abend im Nu dahinrauschen. Beim 8. Nordbadischen VBE-Stammtisch würden sich die „Alten“ freuen, wenn wieder der eine oder andere aus dem Aktivenlager berichten würde, was alles zu bewältigen ist und welche neuen Aufgaben die Gesellschaft und die Elternschaft noch auf die Schulen abdrücken. Damit wir besser planen können, hier schon der Termin für den 8. Nordbadischen VBE-Stammtisch: Dienstag, 25. Juni 2024, um 18.00 Uhr im Schützenhaus in Sandhausen. Natürlich wird dazu wieder extra eingeladen, aber für eine sichere Planung gilt jetzt schon: „Save the date!“



Aus den Kreisverbänden

KV Albstadt

Steuerspartipps für Lehrkräfte

Am 18. Oktober 2023 gab es an der Realschule Hechingen Steuerpartipps von einem echten Fachmann. Der Kreisvorsitzende Alfred Vater und seine Stellvertreterin Margit Malek begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und überreichten eine Infomappe. Axel Nerger wollte selbst einmal Lehrer werden, hat sich dann aber doch für den Beruf des Steuerberaters entschieden. Dass er pädagogisches Geschick hat, bewies er an diesem Nachmittag. So erfuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche Beträge sie noch dazuverdienen dürfen, welche Werbungskosten absetzbar sind und welche Fristen für die Steuererklärung einzuhalten sind. Überrascht waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass bei einem vollen Lehrauftrag 230 Tage bei der Kilometerabrechnung anerkannt werden. Es ergab sich eine Diskussion über Sportbekleidung, Büromaterial, Ausstattung des Arbeitszimmers, Stromkosten und Putzmittel zur Reinigung des Arbeitszimmers, die ebenfalls absetzbar sind. So kam der Referent noch zu den außergewöhnlichen Belastungen und zeigte anhand ei-



Alfred Vater, Margit Malek, Axel Nerger

ner Modellrechnung, wie eine vorteilhafte Steuererklärung aussehen kann. Alle waren sich sicher, wieder eine solche Fortbildung besuchen zu wollen. Wer sich steuerlich auskennt, ist klar im Vorteil. *Alfred Vater*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: alfred.vater@vbe-bw.de

KV Biberach und KV Ulm/Alb-Donau

Crashkurs Schul- und Beamtenrecht im Seminar Laupheim

Am 27.10.2023 war im Seminar in Laupheim der diesjährige Crashkurs Schul- und Beamtenrecht angesagt. Knapp 50 Anmeldungen gingen dafür im Vorfeld ein. Zu Beginn stellten sich die beiden Mitglieder des bewährten Crashkurs-Teams, Anja Bartenschlager und Alfred Vater, vor. Die Teilnehmenden bekamen verschiedene Fälle vorgestellt. Es sollte entschieden werden, ob die Aussagen rechtens sind oder nicht – Fallbeispiele, wie sie auch Inhalte der anstehenden Prüfung sein könnten. Mit einer Wiederholung der Themen ging es weiter in verschiedene Bereiche des Schul- und Beamtenrechts. Schließlich rundete eine Prüfungssimulation den Nachmittag ab. Die Rückmeldungen ergaben ein prima Ergebnis für das VBE-Team. Die Teilnehmenden konnten im Anschluss noch weiterhin Fragen stellen, was mehrere auch noch gerne annahmen. Die Geschäftsführerin des Landesbezirks Margit Malek unterstützte bei der Organisation vor Ort und bei der Prüfungssimulation.



Anja Bartenschlager, Vorsitzende KV Ulm/Alb-Donau, Mitglied im BPR Tübingen, Alfred Vater, Vorsitzender KV Albstadt, Mitglied im BPR Tübingen, Margit Malek, stellv. Vorsitzende KV Albstadt, Mitglied im ÖPR Albstadt

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in einem unserer Kreisverbände haben, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzenden. Für Biberach: ernst.vater@vbe-bw.de oder für Ulm/Alb-Donau: anja.bartenschlager@vbe-bw.de

KV Freiburg

Erstsemesterbegrüßung an der PH Freiburg

An der Pädagogischen Hochschule in Freiburg begrüßte der VBE die neuen Lehramtsstudentinnen und -studenten an zwei Tagen mit einem großen Infostand und einem attraktiven Gewinnspiel. In zahlreichen Gesprächen und durch das ansprechende und hilfreiche Material wurden die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer über den VBE und die Vorzüge einer Mitgliedschaft informiert. Erfreulicherweise entschieden sich sehr viele der Studentinnen und Studenten für eine neue Mitgliedschaft im VBE. Somit steigt die hohe Zahl der bereits bestehenden studentischen VBE-Mitglieder weiter an. Ein herzliches Dankeschön geht an alle Helferinnen und Helfer, die diese Veranstaltung möglich gemacht haben. *Benjamin Possinger*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: nadine.possinger@vbe-bw.de



VBE-Team am Tag 2: Alexandra Rempe, Nicole Bündtner-Meyer, Axinia Riegel, Philine Diethelm, Benjamin Possinger

Aus den Kreisverbänden

Schulkreis Lörrach-Waldshut

Online-Crashkurs Schulrecht

Für alle angehenden Prüflinge in Schulrecht wurde eine Onlineveranstaltung angeboten. Die Teilnehmerzahl war sehr groß, da sich Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus vielen Regionen anmeldeten. Der Referent Dirk Lederle informierte die angehenden Prüflinge in sehr routinierter Weise und mit viel fachlichem Wissen über die wichtigsten Rechtsbereiche wie Aufsichtspflicht, Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, Notengebung und Konferenzordnung sowie Dienstrecht, Datenschutz und Urheberrecht. Mit vielen praktischen Beispielen und Tipps aus dem Schulalltag sowie Prüfungstipps war die Onlineveranstaltung sehr gelungen und die Lehramtsanwärter wie auch Annette Frey, Mitglied des VBE-Schulkreisvorstandes, bedankten sich beim Referenten.

Sonja Dannenberger



Erste-Hilfe-Kurs

Im November fand an der Talschule Wehr ein Erste-Hilfe-Kurs statt. Der Kursleiter Michael Beiser, Fachkraft für Ausbildung bei der Johanniter-Unfall-Hilfe Villingen-Schwenningen, verstand es sehr gut, den voll besetzten Kurs mit 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu den Themen Auffinden einer Person, Bewusstlosigkeit, Wiederbelebung, Wunden/Verbände, Herzkrankheit, Atemwegserkrankungen, Verbrennungen und Stromschlag zu schulen und sie für die entsprechenden Aufgaben im Schuldienst fit zu machen. Organisiert wurde der Kurs von der VBE-Schulkreisvorsitzenden Sonja Dannenberger.



Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: sonja.dannenberger@vbe-bw.de

Gut besuchte Infoveranstaltung zu Pensionierung u. a.

Am Mittwoch, dem 25. Oktober 2023, fand in der GMS Albbuck eine Informationsveranstaltung zu den Themen „Pensionierung, Rente, Freistellungsjahr und Nebentätigkeiten“ mit dem Referenten Franz Wintermantel statt. Franz Wintermantel ist Leiter des Referats „Recht und Besoldung“ im VBE-Landesbezirk Südbaden. Die Veranstaltung war gut besucht. Die Teilnehmer hatten viele Fragen zu den verschiedenen Themen, auch Detailfragen, die Franz Wintermantel wie immer äußerst kompetent beantworten konnte. Die Themen hören sich zunächst sehr „trocken“ an, die zweistündige Veranstaltung verlief aber im Nu, da Franz Wintermantel (wie auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen) immer wieder auch sehr humorvoll die Gesetze, Erlasse, Verordnungen betrachten und kommentieren konnte. Die Tagungsleitung hatte Beatrix Götz, VBE-Schulkreis Lörrach-Waldshut und Mitglied im Örtlichen Personalrat am Staatlichen Schulamt Lörrach.

Beatrix Götz



Referent Franz Wintermantel



WWW.VBE-BW.DE
#NURMITDIR



PERSONALRATSWAHLEN 2024
NUR MIT DIR

KV Mannheim

Crashkurs Schul- und Beamtenrecht

Rechtzeitig vor den Prüfungen bot der Kreisverband wieder die Onlineveranstaltung „Crashkurs Schul- und Beamtenrecht“ für alle Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen an. Eva Heuser, stellv. Vorsitzende des KV Mannheim, begrüßte die Interessenten und übergab anschließend das Wort an Michael Mercatoris, der den Crashkurs schon seit einigen Jahren leitet. In der zweistündigen Veranstaltung wurden die wichtigsten Themenfelder besprochen und Fragen beantwortet. Außerdem wurden einige Fallbeispiele bearbeitet. Wir wünschen allen Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern viel Erfolg für die Prüfungen.

Eva Heuser

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Diehl: ulrich.diehl@vbe-bw.de



Eva Heuser



Michael Mercatoris

KV Neckar-Odenwald

Vereidigung 34 junger Lehrkräfte im Neckar-Odenwald-Kreis

Zu einer kleinen Feierstunde anlässlich der Vereidigung 34 junger Lehrkräfte lud das Staatliche Schulamt Mannheim unter Leitung von Frank Schäfer und seinen beiden Kollegen Frau Meiser und Herrn Winkler kurz vor Start des neuen Schuljahres nach Mosbach ins Rathaus ein. Neben den neu eingestellten Lehrkräften waren auch zahlreiche Gäste, unter anderen der OB der Stadt Mosbach Julian Stipp, Landrat Dr. Brötel und der Schuldekan Martin Schwarz, anwesend. Harald Ockenfels und Heike Kaupa vertraten den VBE-Kreisverband Neckar-Odenwald mit einem Stand. Die mitgebrachten Materialien des VBE fanden großen Anklang.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: harald.ockenfels@vbe-bw.de



Heike Kaupa, Harald Ockenfels

KV Nürtingen

Vereidigung neuer Lehrkräfte und Fachlehreranwärter/-innen

Als KV-Vorsitzender lässt es sich Bernd Kerner nicht nehmen, am Anfang des Schuljahres die neuen Lehrkräfte persönlich zu begrüßen. Am 8. September war es so weit – in Wendlingen fand die Vereidigung der 105 neuen Lehrkräfte statt. Der Vorsitzende und das Mitglied des ÖPR im Schulamtsbezirk war mit seinem Infostand und VBE-Beuteln vor Ort, um die neuen Lehrkräfte willkommen zu heißen. Er überreichte die gefüllten Taschen, um den neuen Lehrerinnen und Lehrern auch vom VBE Wertschätzung entgegenzubringen. Am Seminar in Kirchheim unter Teck wurden dann am 12.9.2023 ebenso die neuen Fachlehreranwärterinnen und -anwärter vor Beginn ihrer Einführungswochen am Seminar mit einem Infostand begrüßt. Die stimmungsvolle Vereidigung mit Seminarband und feierlichen Reden der Seminarleiterin Ute Recknagel-Saller und Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader wurde sogar von einem Kamerateam des SWR begleitet. So kann der Start in eine spannende Ausbildungszeit gelingen.



Bernd Kerner, Vorsitzender KV Nürtingen. Infostand in Wendlingen.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: bernd.kerner@vbe-bw.de

Aus den Kreisverbänden

KV Ostwürttemberg/Göppingen

Mitgliederbetreuung an der PH Schwäbisch Gmünd

Schon gleich in der ersten Woche des Wintersemesters war der VBE Baden-Württemberg mit seinem Stand im Hörsaalgebäude der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd vor Ort, um die VBE-Mitglieder beim Studium zu unterstützen. Bei Sarah Schuhmacher von der VBE-Landesgeschäftsstelle und Heiko Fähnle vom Kreisverband Ostwürttemberg/Göppingen konnten die studierenden Mitglieder die beliebten Praxishelfer für Grundschule und Sekundarstufe I gegen Vorlage des Mitgliedsausweises mitnehmen. Auch die Studienhelfer 1 bis 14, die für alle Themen vom Lehramtsstudium über das Unterrichten bis zum Übergang in den Vorbereitungsdienst unverzichtbar sind, waren sehr begehrt. Auch in den kommenden Monaten wird der Kreisverband weiterhin Frau Schuhmacher an der PH unterstützen und dann auch wieder das Glücksrad mit tollen Gewinnen im Gepäck haben. Es lohnt sich also, vorbeizukommen!

Erfahrungsaustausch im Oktober

Auch dieses Schulhalbjahr lud der Vertreter für junge Lehrkräfte des VBE Ostwürttemberg/Göppingen, Tobias Weber, alle Lehrerinnen und Lehrer zu einem kurzweiligen Erfahrungsaustausch in die Waldschenke nach Aalen-Affalterried ein. Wie gewohnt schmeckte das griechische Essen sehr lecker und ergänzte den angeregten Austausch unter den VBE-Mitgliedern hervorragend. Es wurde viel über den Lehrerberuf und die anstehende Personalratswahl 2024, über den VBE, aber auch über private Angelegenheiten gesprochen und die Zeit verging wie im Flug. Herzlich eingeladen sind alle VBE-Mitglieder des Kreisverbands zu einem weiteren Treffen im Herbst in Heidenheim, um in geselliger Runde vom Schulalltag zu entspannen und ein weiteres kulinarisches Highlight zu genießen.

Mitgliederversammlung des Kreisverbandes

Zur Mitgliederversammlung des VBE Ostwürttemberg/Göppingen Mitte Oktober 2023 konnte der Landesvorsitzende Gerhard Brand als Referent zu aktuellen Bildungsthemen gewonnen werden. Er referierte über die aktuellen Entwicklungen der Landes- und Bildungspolitik. Sorgen bereitet ihm weiterhin die Lehrkräfteversorgung. Die Ergebnisse aus der aktuellen VBE-Umfrage zu Unterrichtsqualität und Unterrichtsabdeckung, an der sich in der dritten Schulwoche Schulleitungen von 1008 Schulen in Baden-Württemberg beteiligt hatten, zeigten immer noch große Einschnitte in der Unterrichtsversorgung. Um die Unterrichtsqualität zu sichern und allen Kindern und Jugendlichen wieder einen möglichst normalen Schulalltag zu bieten, fordert der VBE den Wegfall des Numerus clausus, die Stärkung des originären Lehramtsstudiums, Gesunderhaltung der im System befindlichen Lehrkräfte, A 13 für alle Lehrkräfte. Beim Thema Neuerungen, die in diesem Schuljahr greifen, erörterte Brand die datengestützte Schulentwicklung samt verpflichtenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die schrittweise Etablierung von neuen Leistungstests, wie Lernstand 2 und Kompass 4, und die Einführung von BiSS-Transfer. All diese Neuerungen stehen im Zeichen der Schul- und Unterrichtsqualität und sollen das Land in den Bildungsstudien wieder nach vorne bringen, bedeuten jedoch zunächst einmal weitere Mehrarbeit. Susanne Krahn, stellvertretende Vorsitzende, gab



Heiko Fähnle und Sarah Schuhmacher

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: karin.jodl@vbe-bw.de



Kurzweiliger Erfahrungsaustausch bei griechischem Essen



Mitgliederversammlung des VBE Ostwürttemberg/Göppingen

anschließend einen Überblick über die verschiedenen vergangenen und kommenden Aktionen des regen Kreisverbandes. Der VBE bietet hier Veranstaltungen zu Mutterschutz und Elternzeit, Kurse für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter zur Prüfungsvorbereitung, Telefonaktionen, gesellige Wanderungen und informative Führungen an. Für das große Engagement bedankte sich Karin Jodl bei den Vorsitzenden der Bezirksgruppen Susanne Krahn (AA, Ellwangen), Isabell Blumenschein (GD), Steffen Mack (HDH) und Thomas Hieber (GP) sowie bei den beiden Seniorenvertretern Gabriele Tetzner und Erwin Huttenlau.

KV Pforzheim/Calw

Jahresausflug durch die wildromantische Lützenschlucht in Wildberg

Die 3,7 Kilometer lange Schlucht überrascht bei jeder Wegbiegung die Wanderer, die allerdings Trittsicherheit mitbringen müssen. Der Anstieg ist steil, weist kleine Wasserläufe auf, zeigt die felsige Struktur des Nordschwarzwaldes. Oben angekommen hat man einen weiten Blick über das Tal und kommt am malerischen alten Schafhof vorbei. Über das schöne Städtchen Wildberg ging es, am Schlossareal vorbei, hinunter zum Kloster Reuthin. Anstelle der Bahnlinie, die eigentlich das Ziel beim Angriff auf Wildberg war, hat es das Schloss getroffen und so sind nur noch wenige Reste erhalten. Seit 1723 gibt es den bekannten Schäferlauf in der Stadt. Von Anbeginn war die Geschichte der Stadt mit dem Dominikanerinnenkloster Maria Reuthin verbunden. Bei einer Führung durch den Fruchtkasten des ehemaligen Klosters, in dem heute das Stadtmuseum untergebracht ist, durfte eine entsprechende Führung nicht fehlen. Als kundiger Kenner dieses Städtchens, das auf einem Umlaufberg der Nagold liegt, erwies sich wieder einmal Ludwig Hanisch, der auch die Landschaft mit ihren fürstlichen



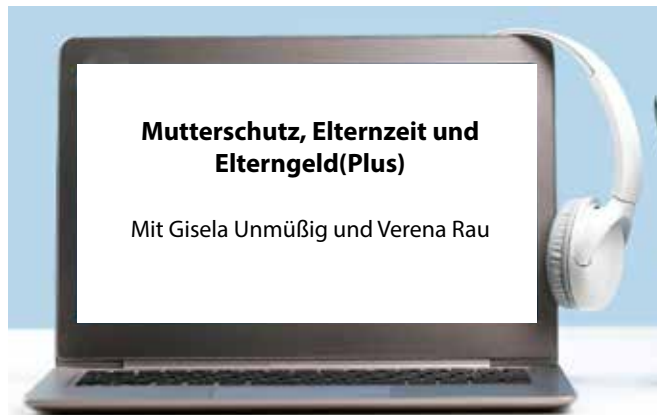
Die Ausflügler erlebten einen unterhaltsamen Nachmittag.

Geschlechtern im Laufe der Geschichte bewandert erklärte. Der kleinen Gruppe, die sich beim Museum und zum Abschluss im Restaurant „Krone“ vergrößerte, dankte Peter Krüger Ludwig Hanisch für den interessanten und abwechslungsreichen Nachmittag. co

Was ändert sich mit dem Elternwerden?

In der Online-Veranstaltung zum Thema „Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld(Plus)“ referierten Gisela Unmüßig und Verena Rau. Nachdem die Einladung verschickt wurde, kamen schnell die ersten Anmeldungen. So befanden sich 25 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 25.10.2023 vor den Bildschirmen. Sie erhielten Informationen zu den Rechten in der Schwangerschaft und im Mutterschutz. Zudem ging es um die Fristen für Elternzeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele offene Fragen zu den Themen „Elterngeld“ und „Versicherung“ konnten beantwortet werden. Wir freuen uns sehr, dass die Veranstaltung immer gut besucht wird.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende: lena.eger@vbe-bw.de



KV Ravensburg/Bodensee

Schul- und Beamtenrecht – Crashkurs am Seminar in Weingarten

Am 20.10.2023 fand am Seminar in Weingarten der beliebte und gut besuchte Crashkurs in Schul- und Beamtenrecht statt. Beim Ankommen und in der Pause konnten sich die jungen Kolleginnen und Kollegen mit Kaffee, Getränken und belegten Seelen stärken. Nach der Begrüßung des Kreisverbandsvorsitzenden Werner Steiner legten die Referentin Anja Bartenschlager und Referent Alfred Vater und Matthias Lipp gleich mit den Themen des Schul- und Beamtenrechts los. Sie verstanden es, die Vorschriften, Gesetze und Verordnungen anschaulich und kurzweilig zu präsentieren. Am Schluss der Ausführungen wurde eine Prüfungssituation simuliert.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: werner.steiner@vbe-bw.de



Aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer beim Crashkurs lauschten den Ausführungen von Anja Bartenschlager und Alfred Vater.

Rudolf Karg zum 75. Geburtstag

Der VBE Baden-Württemberg freut sich, seinem Ehrenvorsitzenden Rudolf Karg zum 75. Geburtstag gratulieren zu dürfen. Wir wollen die Gelegenheit nutzen und uns herzlich für seine Verdienste um den Verband bedanken: Kaum jemand hat den VBE so geprägt wie Rudolf Karg!

In den schwierigen Nachkriegsjahren am 12. Dezember 1948 in Karlsruhe geboren, legt Karg eine vorbildliche Bildungskarriere hin: Nach seinem Schulabschluss an einem Karlsruher Wirtschaftsgymnasium studiert er an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe und an der Universität und Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Er macht sich als wissenschaftlicher Angestellter am Lehrerbildungszentrum der Gesamthochschulregion Karlsruhe-Pforzheim verdient und erhält nach seinem Studienabschluss im Jahr 1975 einen Lehrauftrag für Erziehungswissenschaften an der Staatlichen Hochschule für Musik Karlsruhe. Als Lehrer arbeitet Karg an Schulen in Jöhlingen, Grünwettersbach, Königsbach und Karlsruhe. Das Amt des Schulrektors bekleidet er ab 1981 an verschiedenen Grund- und Hauptschulen in Stupferich, Durlach-Aue und Grötzingen. 1986 gründet Karg das Karlsruher Schulmuseum. Wer auf solch eine Laufbahn zurückblicken kann, der muss in einer besonderen Beziehung zum Beruf des Lehrers stehen. In einem Interview mit einem Karlsruher Medienhaus bezeichnete Karg den Lehrerberuf „als den schönsten Beruf der Welt“.

Schon in seiner Jugendzeit beginnt Karg, sich auch sozial, kirchlich, politisch und gewerkschaftlich zu verpflichten. Er ist Pfarrjugendvorsitzender in Karlsruhe, wird stellvertretender Vorsitzender der CDU Karlsruhe-Durlach und engagiert sich im örtlichen Caritasverband. Darüber hinaus begleitet er Ämter im Örtlichen Personalrat Karlsruhe, später im Hauptpersonalrat am Kultusministerium in Stuttgart (ab 1993 als Vorstandsmitglied) und im Landesschulbei-



Rudolf Karg

rat (ab 2005). Dem VBE tritt Karg 1974 als einfaches Mitglied bei, bereits ein Jahr später übernimmt er das Landesreferat Studierende. Er engagiert sich im VBE zudem als stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Karlsruhe, als langjähriger Schriftleiter der ehemaligen Verbandszeitschrift „Informationen für Erzieher“ und ab 1992 auch als Leiter des Stuttgarter Büros und geschäftsführender Vorsitzender. 1998 wird Rudolf Karg schließlich zum Landesvorsitzenden gewählt. Er füllt das Amt bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2010 stets vorbildlich, erfolgreich und mit großer Freude aus. Seit 2010 trägt Karg den Titel des Ehrenvorsitzenden.

Das politisch Machbare galt dem Landesvorsitzenden Rudolf Karg als Richtschnur seines Handelns – ein Credo, das den VBE bis heute auszeichnet. Mit großem Einsatz verteidigte Karg die berechtigten Anliegen und Sorgen der Lehrerinnen und Lehrer gegen die unterschiedlichsten Interessenlagen. Gleichzeitig forderte er aber auch mehr Engagement von seinen Kolleginnen und Kollegen ein: „Lehrer haben auch eine Vorbildfunktion. Vorbild sein in der Toleranz – das sei ein Ziel aller zukünftigen Kollegen!“ Wir können uns dem nur anschließen. Wir wünschen Rudolf Karg, seiner geliebten Frau Gabi und der weiteren Familie weiterhin viel Freude, Gesundheit und alles Gute für die kommenden Jahre.



Zum Tode von Thomas Frankenhauser

Mit großer Trauer und schwerem Herzen nehmen wir Abschied von Thomas Frankenhauser, der am 15.10.2023 den Kampf gegen seine schwere Krankheit verloren hat. Thomas war uns nicht nur ein liebenswerter und geschätzter Freund, sondern zeichnete sich auch als stets hilfsbereiter und überaus engagierter Mitstreiter in unserem Verband aus.

Ab Oktober 2005 bis zu seinem krankheitsbedingten vorzeitigen Ausscheiden im Juli 2023 war Thomas Geschäftsführer des VBE-Landesbezirks Nordwürttemberg. Währenddessen auch zusätzlich für zwei Jahre noch als Landesgeschäftsführer tätig. In beiden Funktionen fiel Thomas immer durch seine Hilfsbereitschaft gegenüber allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern auf. Von allen sehr geschätzt war, dass er stets ein offenes Ohr hatte. Insbesondere seine Leidenschaft für alles, was mit Computern und Digitalisierung zu tun hatte, war für den VBE ein großer Gewinn. Für jedes Computer-Problem war man bei ihm an der richtigen Stelle und konnte auf seine unkomplizierte Hilfe vertrauen. In den letzten Jahren beriet er die Kolleginnen und Kollegen in seinem Kreisverband Ostwürttemberg/Göppingen als Referent in zahlreichen Vor-Ort- und Online-Veranstaltungen zu verschiedenen Themen, wie zum Beispiel „Eltern werden“, „Zurruhesetzung“, „Stewi-Anträge“, „Beratung Schwerbehinderter“ und vielem mehr. Auch in den Telefonsprechstunden war er ein stark nachgefragter Berater, der durch sein breit gefächertes Wissen auf alle Fragen eine hilfreiche Antwort wusste.

Seinen schulischen Dienst begann er zunächst als Lehrer an der Hohbergsschule in Plüderhausen, einer Grund-, Haupt- und Werkrealschule, und war in dieser Zeit auch Mitglied des Örtlichen Personalsrats am Staatlichen Schulamt in Backnang im Rems-Murr-Kreis. Nach seiner persönlich gewünschten Versetzung an die Schäfers-



Thomas Frankenhauser †

feldschule, eine Werkreal- und Realschule in Lorch im Ostalbkreis, musste er aus dem ÖPR in Backnang ausscheiden, gehörte aber alsbald schon dem ÖPR am Staatlichen Schulamt Göppingen an, in den letzten Jahren als Mitglied des Vorstands. Bei Bedarf nahm er als Ersatzmitglied auch an den Sitzungen des Bezirkspersonalrats beim Regierungspräsidium Stuttgart teil.

Wir werden Thomas als einen außergewöhnlichen Freund, Kollegen und Mitstreiter in Erinnerung behalten. Sein Vermächtnis wird in unserer Arbeit und unseren Herzen weiterleben. Aus Oberschwaben stammend und in Mutlangen wohnend, war er stets der gute Kumpel und Freund, der einen niemals im Stich ließ. Unsere Gedanken und Gebete sind in dieser schweren Zeit bei seiner Familie und seinen Angehörigen. Thomas wird schmerzlich vermisst, aber seine Spuren, die er im VBE und auch bei uns persönlich hinterlassen hat, werden nie verblassen und haben uns und unsere Verbandsarbeit entscheidend geprägt.

Möge er in Frieden ruhen.

Mit aufrichtiger Anteilnahme

Sebastian Lutz, Landesbezirksvorsitzender Nordwürttemberg



Die Einzugstermine der VBE-Mitgliedsbeiträge für 2024:

Bei vierteljährlicher Zahlungsweise:

12. Januar 2024, 2. April 2024, 1. Juli 2024, 1. Oktober 2024

Bei halbjährlicher Zahlungsweise:

12. Januar 2024, 1. Juli 2024

Bei jährlicher Zahlungsweise: 1. Juli 2024

Risiken absichern – für alles gut gewappnet sein

Gegen Ende des Jahres widmen sich viele Menschen traditionell der Prüfung ihrer Absicherung für jene Fälle, die allzu gerne verdrängt werden. Es sind keine Schönwetterthemen, doch den Kopf in den Sand zu stecken ist keine Lösung. Über die Herausforderungen, die auf andere zukommen, wenn einem selbst unerwartet etwas zustößt, sollte jeder sich Gedanken machen und vorsorgen. Nur so können unnötige Schmerzen und Kosten für die Hinterbliebenen verhindert werden.

Risiko Todesfall

Das Leben einer Familie wird komplett auf den Kopf gestellt, wenn ein Hauptverdiener unvermittelt stirbt. Sei es durch eine schwere Krankheit oder einen tödlichen Unfall. Mit einer abgeschlossenen Risiko-Lebensversicherung bleiben Partner und Kinder dann finanziell abgesichert und können im – möglicherweise noch nicht abbezahlten – Eigenheim wohnen bleiben. Diesen Schutz sollte man in jungen Jahren abschließen, wenn die Beiträge relativ günstig sind. Da die Kinder heutzutage oft auch nach der Schulzeit Unterstützung benötigen, zum Beispiel wegen hoher Mietkosten für Studenten, wählt man die Laufzeit entsprechend lang. Ein späterer erneuter Abschluss wäre sehr teuer.

Risiko Unfall

Schwere Unfälle können zur Vollinvalidität führen. Dann sind oft kostspielige Umbauten in Wohnung oder Haus nötig. Eine private Unfallversicherung würde – sofern vereinbart – in einem solchen Fall eine hohe Summe auszahlen. Dieser Schutz muss nicht teuer sein. Ein Preisbeispiel vom exklusiven Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk rund um Absicherung, der DBV Deutsche Beamtenversicherung: Ein Beamter, 30 Jahre alt, zahlt monatlich 9,26 Euro für den leistungsstarken Tarif „Unfall Komfort“. Bei Vollinvalidität erhält man 450.000 Euro.

Risiko Pflegefall

Die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sprechen eine klare Sprache: In Deutschland wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2055 um 37 Prozent auf dann fast 7 Millionen Menschen anwachsen. Dennoch wird das Thema weithin unterschätzt. Häufig wacht erst auf, wer im Familien- und Freundeskreis erlebt, was dies an Herausforderungen mit sich bringen kann.

Im öffentlichen Dienst verfügen Tarifbeschäftigte mit der gesetzlichen Pflegeversicherung allenfalls über eine tendenziell schwächelnde Teilabsicherung. Und selbst bei Beamtinnen und Beamten sind nicht alle anfallenden Pflegekosten abgedeckt. Das gilt insbesondere für die ambulante Pflege. Diese wird oft gewünscht, denn auf das Weiterleben in der vertrauten Umgebung möchte kaum jemand verzichten. Sich frühzeitig über die Vorteile einer privaten Pflegezusatzversicherung zu informieren, ist ein wichtiger erster



Schritt. Die DBV bietet über das dbb vorsorgewerk die „Pflegevorsorge VARIO“ an (mit 3 Prozent Beitragsnachlass für VBE-Mitglieder und ihre Angehörigen). Die Experten der Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk empfehlen, zunächst preiswert die Pflegegrade 4–5 abzuschern. Nach fünf Jahren besteht die Option, ohne erneute Gesundheitsprüfung die Pflegegrade 1–3 zu ergänzen.

Risiko Beerdigungskosten

Dass die Kosten für Bestattungen in Deutschland steigen, verwundert vermutlich niemanden. Mittlerweile geht man für eine typische Urnenbestattung von über 4.500 Euro aus. Sonderwünsche können die Rechnung schnell fünfstellig werden lassen. Das sind Größenordnungen, die bei den Hinterbliebenen zu finanziellen Engpässen führen können. Viele nehmen sich vor, immer mal Geld dafür beiseitezulegen, doch oft kommen den guten Vorsätzen kurzfristig dringlichere Dinge in die Quere. Wer nicht möchte, dass die Verwandten nach dem eigenen Tod zuerst an offene Rechnungen denken müssen, regelt dies stressarm mit einer Sterbegeldversicherung. Zum Beispiel dem „IDEAL Sterbegeld“, das VBE-Mitgliedern über das dbb vorsorgewerk mit bis zu 1,5 Prozent Beitragsnachlass angeboten wird.

Mehr erfahren

Die Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk berät zu allen vorgestellten Absicherungen und erstellt individuelle Angebote, die sämtliche Mitgliedervorteile für VBE-Mitglieder und ihre Angehörigen berücksichtigen. Auf Wunsch wird auch eine Beratung vor Ort vermittelt.

Erreichbar telefonisch:
montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr
unter 030.40816444.

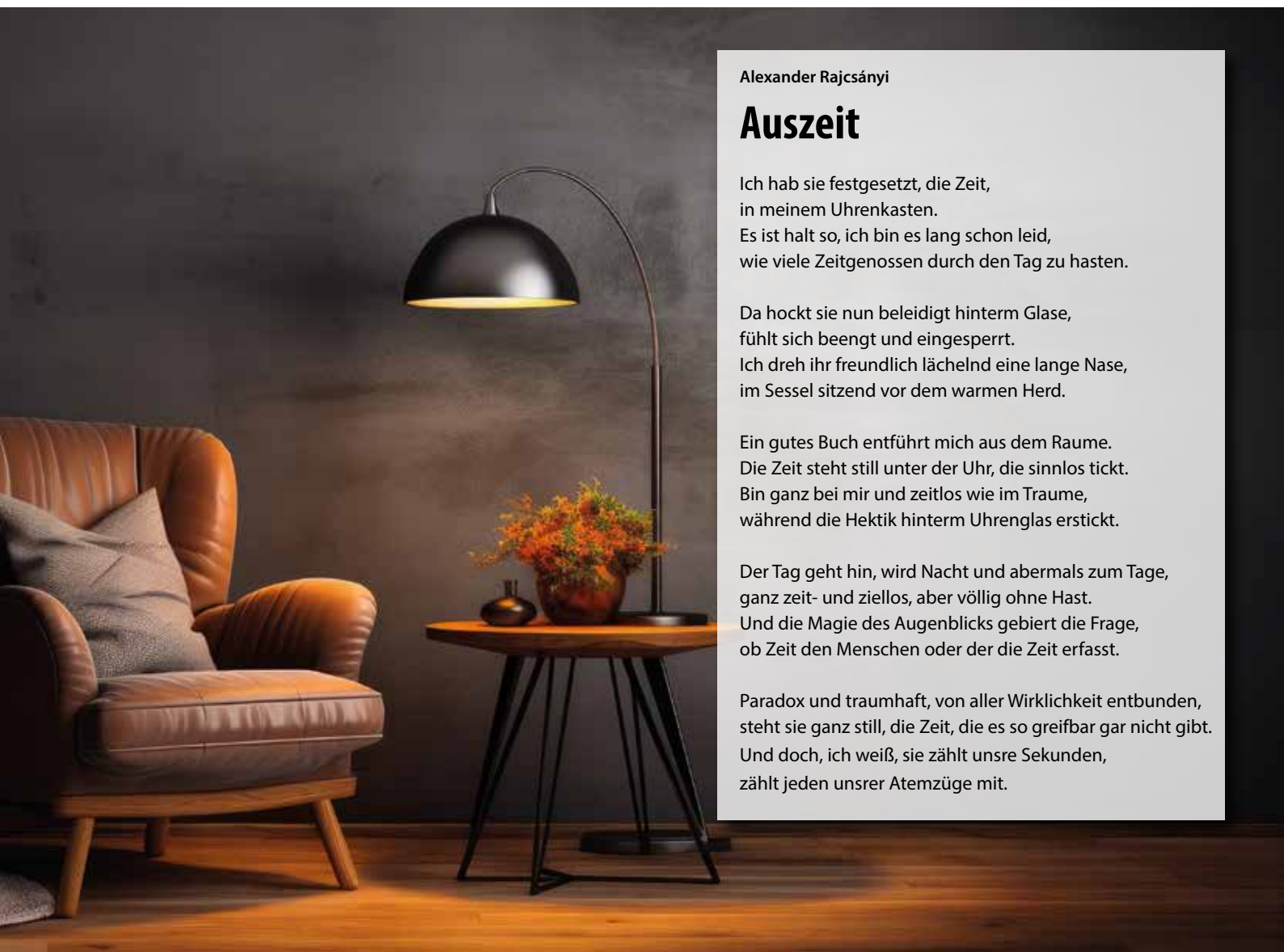
Alles auch online auf dbb-vorteilswelt.de

Veranstaltungen der VBE-Kreisverbände

Wer?	Wann?	Wo?	Was?
KV Freiburg	04.12.2023 Montag 14.45–17.30 Uhr	Neue Synagoge Engelstraße 79098 Freiburg	Synagogenführung in Freiburg. Telefonsprechstunde mit Kantor Moshe Hayoun. Jüdisches Liedgut und Vortrag mit anschl. Gespräch bei koscherem Imbiss und Getränk. Kopfbedeckung mitbringen. Anmelden bei: nadine.possinger@vbe-bw.de
KV Ortenau	05.12.2023 Dienstag 16.00–18.00 Uhr	Telefonsprechstunde	Abgabe STEWI-Anträge bis Januar 2024. Informationen zu Anträgen wie Teilzeit, Beurlaubung oder Freistellungsjahr. Es berät Michael Mai: 07832-917911 und Ulrike Knopf: 07832-917917
KV Ostwürttemberg/ Göppingen	07.12.2023 Donnerstag 15.00–18.00 Uhr	Telefonsprechstunde	Personalräte beraten. Themen: Pensionierung, Zuruhesetzung, Beurlaubung, Teilzeibesetzung, Versetzung, Abordnung. Telefon: 07173-5245 und 07174-803730
KV Karlsruhe	07.12.2023 Donnerstag 17.30 Uhr	Brauhaus Wallhall Kübelmarkt 8 76646 Bruchsal	Weihnachtsmarkt. Ein Abend in gemütlicher weihnachtlicher Atmosphäre bei einem Glas Glühwein. Auch Partner und Kinder sind herzlich willkommen. Anmelden bei rebekka.mack@vbe-bw.de
KV Nürtingen	07.12.2023 Donnerstag 18.00 Uhr	Scheltorturm Scheltorstraße 2 73728 Esslingen	Weihnachtsmarkt. Besinnliches Beisammensein auf dem Esslinger Mittelalter-Weihnachtsmarkt. Mitglieder aus dem KV und Freunde sind herzlich eingeladen. Anmeldungen an: anja.fanz@vbe-bw.de
KV Albstadt	08.12.2023 Freitag 16.00–19.30 Uhr	Burg Hohenzollern Parkplatz P1 72379 Bisingen	Königlicher Winterzauber auf der Burg Hohenzollern. Die Burg erstrahlt in weihnachtlichem Glanz und lädt zum Flanieren ein. Für Mitglieder kostenlos, Nichtmitglieder 10 €. Anmeldung an: sascha.hellmannsberger@vbe-bw.de
KV Pforzheim/Calw	15.12.2023 Freitag 16.00 Uhr	Schafhof 2 75433 Maulbronn	Adventfeier mit Führung. Herzliche Einladung zum Imbiss, vorweihnachtlichen Beisammensein und zur Führung durch die Spielzeugausstellung. Anmeldungen an peter.krueger@vbe-bw.de
KV Albstadt	10.01.2024 Mittwoch 14.00–17.15 Uhr	Realschule Pfullendorf Zum Eichberg 4 88630 Pfullendorf	Rechtssicherheit für Lehrkräfte. Sie fragen – wir antworten. Auffrischkurs Schul- und Beamtenrecht. Senden Sie uns gerne Ihre Fragen bis 20.12. zu. Anmeldung und Fragen an: due_gronbach@gmx.de
Schulkreis Lörrach/ Waldshut	15.01.2024 Montag 16.00–18.00 Uhr	Telefonsprechstunde	„Kann ich mal was fragen?“ – Angebot für Lehrkräfte und Grundschulleitungen. Es berät Sie Henning Zillesen, Referat Schulleitung VBE Südbaden. Telefon: 0151 10707823 oder über Mail vorab: henning.zillesen@vbe-bw.de
KV Karlsruhe	16.01.2024 Dienstag 18.00–19.30 Uhr	ONLINE	Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld(Plus). Vielfältige Informationen zu den Regelungen des Mutterschutzes, der Elternzeit und Rechte bei Erkrankung eines Kindes. Anmelden bei: andrea.wieser@vbe-bw.de
KV Freiburg	18.01.2024 Donnerstag 18.00 Uhr	ONLINE	Lehrereinstellung 2024 – wie bewerbe ich mich richtig? Terminübersicht, Auswahlverfahren, Mangelfächer, soziale Härtefälle ... Anmeldung erforderlich bis 14.01. bei: nadine.possinger@vbe-bw.de
KV Ulm/Alb-Donau KV Biberach	24.01.2024 Mittwoch 15.00–17.00 Uhr	ONLINE	Onlinesprechstunde zu Arbeitnehmerfragen wie Sabbatjahr und vielen weiteren Themen und Anliegen. Anmeldung erforderlich bis 19.01. bei Martin Badent: martin.badent@vbe-bw.de
KV Neckar- Odenwald	03.02.2024 Samstag 10.00–14.00 Uhr	Turnhalle Elztalschule Hauptstraße 8 74834 Dallau	Selbstverteidigungskurs. Leitung: Thomas Korinek, Polizeihauptkommissar, und Oliver Scheicher, B-Trainer Karate. Teilnahme ist kostenlos. Max. 16 Teilnehmer. Anmeldungen an oliver.scheicher@vbe-bw.de

Personalratswahlen
17. April bis 3. Mai 2024





Alexander Rajcsányi

Auszeit

Ich hab sie festgesetzt, die Zeit,
in meinem Uhrenkasten.
Es ist halt so, ich bin es lang schon leid,
wie viele Zeitgenossen durch den Tag zu hasten.

Da hockt sie nun beleidigt hinterm Glase,
fühlt sich beengt und eingesperrt.
Ich dreh ihr freundlich lächelnd eine lange Nase,
im Sessel sitzend vor dem warmen Herd.

Ein gutes Buch entführt mich aus dem Raume.
Die Zeit steht still unter der Uhr, die sinnlos tickt.
Bin ganz bei mir und zeitlos wie im Traume,
während die Hektik hinterm Uhrenglas erstickt.

Der Tag geht hin, wird Nacht und abermals zum Tage,
ganz zeit- und ziellos, aber völlig ohne Hast.
Und die Magie des Augenblicks gebiert die Frage,
ob Zeit den Menschen oder der die Zeit erfasst.

Paradox und traumhaft, von aller Wirklichkeit entbunden,
steht sie ganz still, die Zeit, die es so greifbar gar nicht gibt.
Und doch, ich weiß, sie zählt unsre Sekunden,
zählt jeden unsrer Atemzüge mit.